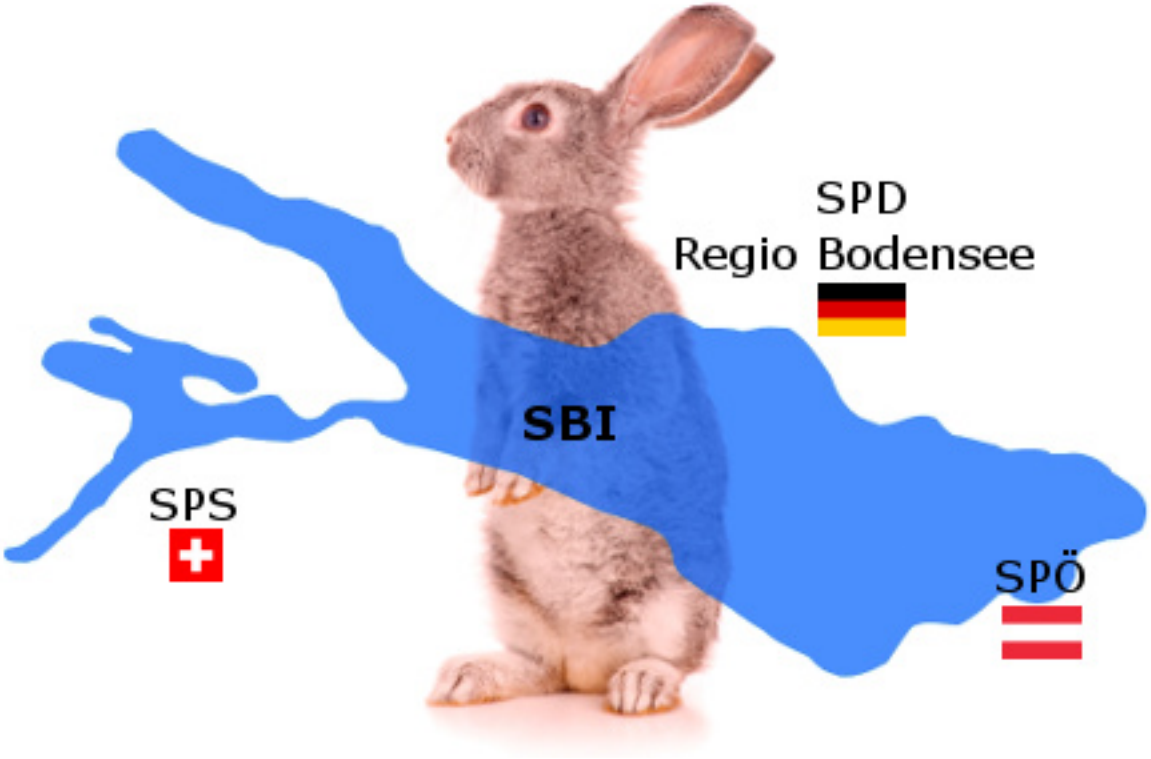
Ausgabe 142 **07.08.2013**

„Der Rote Seehas“

Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion



Editorial

Deutschland hat ewigen Bestand,
Es ist ein kerngesundes Land,
Mit seinen Eichen, seinen Linden,
Werd' ich es immer wiederfinden.

Bekannter ist wohl die erste Strophe, die so beginnt: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, Dann bin ich um den Schlaf gebracht“

Ewig, kerngesund, schaut man auf die Stimmung im Land, könnte man fast glauben es sei so. Angst vor Armut trotz Vollzeitjob oder Altersarmut? Angst vor dem Absturz des Euro, das gibt es anscheinend nicht. Oder doch?

Es ist schon eine bizarre Welt, die sich da auftut. Die Gelassenheit, die von der Kanzlerin ausgeht, wirkt anscheinend wie ein Schlafmittel. "Gemeinsam erfolgreich für Deutschland", (CDU) dämlicher geht es kaum.

Eines kann man wenigstens sagen: Der Linken in Deutschland ist noch selten ein Wahlsieg einfach vor die Füße gefallen. In der südlichen Diaspora ist das schon manchmal fast zum Verzweifeln. Was die SPD den WählerInnen verspricht, findet ihre Zustimmung – aber Frau Merkel verspricht das doch alles auch: was soll´s denn?

Hoffen wir, dass die Leute doch noch merken was echt oder falsch ist.
Noch ist es Zeit - bis September ist Zeit, kämpft mit, lösen wir Schwarz-Gelb ab!

Es grüßt Sie
die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
-	
- EU: „Klares Votum für rechtssicheres Einkaufen“	3
- „Europa ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit“	3- 4
- "Besser die Banken als der Steuerzahler"	4
- "Mehr Schutz für Paulschalreisende"	4- 5
- Neues aus dem Europäischen Parlament - Juli-	5- 6
- SPD Bodenseeregion: Meilenstein für Bodenseegürtelbahn	6- 7
- SPD-Bodenseekreis: Sozialpolitik dominiert die Podiumsdiskussion der	
- Bundestagskandidaten in Meckenbeuren	7- 8
- SPD-Wahlkundgebung mit Katja Mast in Immenstaad	8- 9
- „Große Geldverschwendung“ und falscher Ansatz	9-10
- Termine im Bodenseekreis + Termine Jochen Jehle	10-11
- Manchmal ist ein (Wurm) Buchstabe zu viel drin	11
- SBI: Prix Wasserfrau - Lila Distel - Frauen treffen Frauen D-Singen	12
- Lila Distel erhält Prix Wasserfrau	12
- SPÖ Vorarlberg: Frackingverbot in Deutschland und in der Schweiz muss kommen	12-13
- Pircher macht Druck	13
- Asylgesetz gehört reformiert	13-14
- 100 Jahre für soziale Gerechtigkeit - Die Geschichte der SPÖ	14-15
- SPD KV BC und Martin Gerster: Martin Gerster macht Hausbesuche in Dürmentingen	15
- Martin Gerster begrüßt Kurswechsel des Verkehrsministeriums	15-16
- MdB Martin Gerster kommt nach Bad Buchau	16
- 200.000 Euro Zuschuss für die Kreishandwerkerschaft Biberach Überbetriebliche Ausbildungsstätte wird moderner	16-17
- Landesinnenminister Reinhold Gall (SPD) in Erolzheim im Illertal	17-18
- Gerster freut sich über Bestnote auf Abgeordnetenwatch.de	18
- SPD Kreis Ravensburg: „Für Fortschritt und Gerechtigkeit – eine Chronik der SPD“	18
- SPD Kreis Ulm - Alb-Donau Kreis - MdB Hilde Mattheis:	
- „Wege zur Demokratie kann man nur von innen heraus finden“	19
- Fachkräfte vor Ort qualifizieren, Jugendliche sinnvoll unterstützen	19-20
- „Jeder denkt an jeden“	20
- Ulmer wollen zivile Krisenprävention stärken	20-21
- Bei Integration in Ulm und Alb-Donau unterstützen	21
- Europa geht anders: Diskussion mit den Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis und Werner Schieder in Langenau	21-22
- „Nachrichtendienste müssen stärker kontrolliert werden!“	22
- Zucker ist schneller als Grieß Mattheis schenkt Zeit bei Kinder-Welt-Entdecker	22
- „Gemeinsam schaffen wir eine gerechte Energiewende“	23
- Mattheis besucht Urviech in filmreifer Kulisse	23-24
- DL 21: NSA - big brother is watching you!	24-25
- Drohnen für die Bundeswehr? 25	
- BayernSPD - SPD Kreisverband Lindau: „Gemeinsam sind wir stark“	25-26
- Aufgepickt: Kultusminister Hahn war in Ehingen (1972)	26-27
- SPD-Publikationen in der Region …	27
- Ortsvereine arbeiten zusammen	27
- AsF Frauen laden ein nach Albstadt	28
- Impressum	29

Europa

S&D

Fraktion der Progressiven Allianz der

Sozialdemokraten

im Europäischen Parlament

Evelyne Gebhardt:

„Klares Votum für rechtssicheres Einkaufen“

Binnenmarktausschuss spricht sich mehrheitlich gegen optionales Europäisches Kaufrecht aus.

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz hat sich heute in Brüssel klar gegen ein optionales Verkaufsrecht ausgesprochen. „Der Vorschlag der Kommission steht auf tönernen Füßen. Wir brauchen kein optionales Instrument, sondern eine echte gemeinsame europäische Lösung mit Rechtssicherheit und einem hohen Maß an Verbraucherschutz“, forderte die SPD-Verbraucherschutzexpertin und Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, **Evelyne Gebhardt.**

Grenzübergreifendes Einkaufen sollte mit dem Kommissionsvorschlag über eine Verordnung zum Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht einfacher gemacht werden. **Evelyne Gebhardt** und mit ihr die Mehrheit des Binnenmarktausschusses sehen im optionalen Instrument allerdings keinen Mehrwert für Verbraucher und Verbraucherinnen: „Im Bereich des Verbrauchervertragsrechts dürfen wir keine halben Sachen machen. Die optionale Anwendung des geplanten europäischen Kaufrechts bei grenzüberschreitenden Verträgen stiftet nur Rechtsunsicherheit und Verwirrung. Der Verbraucher weiß damit überhaupt nicht mehr, welches Recht gilt und zu welchen Bedingungen ein Kaufvertrag geschlossen wird.“

Die Alternative von **Evelyne Gebhardt** sieht eine Fortsetzung der Verbraucherrechterichtlinie auf der Grundlage der Mindestharmonisierung vor, mit dem Ziel, das EU-Verbraucherrecht im Bereich von Garantieleistungen insbesondere für digitale Inhalte und Waren und verbundenen Dienstleistungen zu modernisieren.

Hintergrund:
Mit der von der Europäischen Kommission am 11. Oktober 2011 vorgeschlagenen Verordnung für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht soll grenzüberschreitendes Handeln gefördert werden. Dieses Recht soll als eigenständiges Regelwerk als zweite Vertragsregelung neben dem innerstaatlichen Vertragsrecht der Mitgliedstaaten stehen und optional angewandt werden können. Federführend wird die Verordnung im Rechtsausschuss beraten.

Brüssel, den 9.7.2013 **Für weitere Informationen:**
Büro Evelyne Gebhardt. MdEP

„Europa ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit“

Evelyne Gebhardt zur Landesvorsitzenden der Europa-Union gewählt

94 Prozent sind ein starkes Signal – für Europa und für Evelyne Gebhardt. Mit diesem eindrucksvollen Ergebnis wurde die Hohenloher Europaabgeordnete am Wochenende in Gerlingen (Kreis Ludwigsburg) von den Delegierten zur neuen Landesvorsitzenden der überparteilichen Europa-Union gewählt. „Ich bin sehr glücklich über diesen großen Vertrauensbeweis und voller Tatendrang“, freute sich **Evelyne Gebhardt** nach ihrer Wahl. Ihre Leidenschaft gehöre dem vereinten Europa und als Landesvorsitzende der Europa-Union könne sie nun noch mehr für die erfolgreiche Weiterentwicklung des europäischen Projektes tun.

Für die überzeugte Europäerin, die seit 1994 dem Europäischen Parlament angehört, spielt die Europa-Union eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, Europa stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Dies sei dringend nötig: „Wir werden gemeinsam deutlich machen, dass die Europäische Union weit mehr ist als ein gemeinsamer Markt. Die EU ist eine Werte- und Solidargemeinschaft, die für Freiheit, Demokratie, Bürgerrechte und Sozialstaatlichkeit steht“, betont die Sozialdemokratin mit Nachdruck. Trotz der Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU im vergangenen Jahr werde dies zu häufig unter den Tisch gekehrt. Angesichts der jüngsten Überwachungsskandale oder der Proteste in der Türkei zeige sich aber, wie wichtig die Verteidigung der europäischen Werte sei. Und dass die Bürger und Bürgerinnen auch ganz praktisch im täglichen

Leben von der EU profitierten, führten Errungenschaften wie die Reisefreiheit, Verbesserungen bei der Produktsicherheit oder die erst kürzlich wieder gesenkten Roaminggebühren vor Augen. „Europa ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit“, so die in Hohenlohe heimisch gewordene gebürtige Französin.

BU: Evelyne Gebhardt, neue Landesvorsitzende der Europa-Union, zusammen mit ihrem Vorgänger Rainer Wieland und Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Mitte) in Gerlingen.

Evelyne Gebhardt, zuvor stellvertretende Landesvorsitzende der Europa-Union, folgt in ihrem neuen Amt auf Rainer Wieland, der nicht mehr angetreten war.

Künzelsau, 9. 7. 2013

Europabüro Evelyne Gebhardt, MdEP

Peter SIMON:

"Besser die Banken als der Steuerzahler"

Europäische Kommission schlägt einheitliche Bankenabwicklungsbehörde und Abwicklungsfonds vor

Die Europäische Kommission hat am Mittwoch ihre Pläne zu einer europäischen Bankenabwicklungsbehörde und einem europäischen Abwicklungsfonds für die an der Bankenunion beteiligten Mitgliedstaaten vorgestellt. Oberstes Ziel ist es auch hier, den Teufelskreis zwischen Bankenkrisen und Staatshaushalten zu durchbrechen. Deshalb werden in einem ersten Schritt zunächst die Eigentümer und Gläubiger zur Bankenrettung herangezogen. Reicht das nicht aus, sollen künftig in Europa von Banken selbst bereit gestellte Mittel für den Abwicklungsfonds herangezogen werden.

"Der Steuerzahler ist also erst einmal außen vor", begrüßt der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** diese Zielrichtung des Vorschlags für einen europäischen Abwicklungsfonds. "Hätten Europas risikoreiche Banken einen solchen Fonds schon im Falle der zypriotischen Bankenkrise gehabt, hätte nicht der europäische Steuerzahler in die Bresche springen müssen", unterstreicht das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschuss. "Die Schlagkraft steht und fällt aber mit einer entsprechenden Fondsausstattung. Hier dürfen keine Abstriche gemacht werden."

Peter SIMON begrüßt weiterhin, dass die EU-Kommission seine Forderung nach einer klaren Aufgabenabgrenzung zwischen der neuen Abwicklungsbehörde und den Institutssicherungssystemen, wie denen der deutschen Volksbanken und Sparkassen, in ihrem Vorschlag aufgreift: "Erst wenn alle Stricke reißen und es keine Lösungen durch die Banken selbst gibt, kann die Europäische Behörde die Abwicklung einleiten. Das heißt: Solange unsere Institutssicherungssysteme den Kunden wirksam schützen, wird ihnen auch künftig keine europäische Behörde dabei Knüppel zwischen die Beine werfen können. Dass dies so bleibt, müssen wir auch im weiteren Gesetzgebungsprozess unter allen Umständen sicherstellen."

Brüssel, 10.07.2013 **Weitere Informationen:**

Büro Simon, MdEP

Evelyne GEBHARDT und Knut FLECKENSTEIN:

"Mehr Schutz für Paulschalreisende"

EU-Kommission vervollständigt Modernisierung der Passagierrechte

Die EU-Kommission hat am Dienstag in Brüssel die Revision der Rechte von Pauschalreisenden vorgelegt. Anfang des Jahres waren bereits die Fahrgastrechte für Bus- und Schiffsreisende in Kraft getreten. Mit den Fluggastrechten beschäftigt sich das Europäische Parlament derzeit. Die aktuell gültige Richtlinie stammt aus dem Jahr 1990 und soll nun an das digitale Zeitalter angepasst werden.

Knut FLECKENSTEIN begrüßt den Vorschlag der Kommission: "Es ist dringend notwendig, das bestehende Recht an das Verhalten der Reisenden anzupassen. Wer im Internet bucht, muss die gleichen Rechte haben, wie wenn er ins Reisebüro gegenüber geht."

Anlass für die Modernisierung ist das veränderte Verhalten der Verbraucher: Statt das Rundumpaket im Reisebüro zu buchen, stellen sich immer mehr Reisende ihren Urlaub selbst im Internet zusammen. Bisher fielen Sie nicht unter den Anwendungsbereich der Pauschalreise-Richtlinie und waren bei auftretenden Problemen meist sich selbst überlassen.

Evelyne GEBHARDT, sozialdemokratische Sprecherin für Verbraucherschutz im Europäischen Parlament, fordert schon lange die Revision der Pauschalreise-Richtlinie: "Nicht nur Pauschalreisende müssen umfassend geschützt werden, sondern auch Urlauber, die ihr Urlaubsprogramm individuell im Internet zusammenstellen. Auch die Durchsetzung der Rechte von Verbraucher und Verbraucherinnen müssen wir im Auge behalten; zum Beispiel durch unabhängige Streitbeilegung. Zudem müssen für die Reiseanbieter klare Regeln aufgestellt werden, damit sie ihren Verpflichtungen nachkommen."

Weitere Verbesserungen für die Passagiere liegen im Bereich der Stornierungsmöglichkeiten, der Schadensersatzforderungen sowie der Ansprechpartner bei den Veranstaltern. Auf der anderen Seite soll der Vorschlag weniger Bürokratie für die Reiseveranstalter bewirken. **Knut FLECKENSTEIN** warnt: "Passagierrechte gut und schön, aber sie müssen auch durchsetzbar sein. Zurzeit beißen sich Reisende an der Ignoranz von Veranstaltern und Transportgesellschaften oft die Zähne aus. Es kommt nicht darauf an Recht zu haben, sondern Recht zu bekommen!"

Brüssel, 09.07.2013 **Weitere Informationen: Evelyne Gebhardt, Knut Fleckenstein und Jan Rößmann (Pressesprecher)**

Neues aus dem Europäischen Parlament - Juli-

Liebe Frauen,

im kommenden Mai finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. In einer Entschließung über verbesserte praktische Vorkehrungen zu diesen Wahlen haben wir Abgeordnete in der vergangenen Woche ein gutes und wichtiges Signal gesetzt. Wir haben beschlossen die 28 Mitgliedstaaten und die Parteien aufzufordern, die Aufstellung von Frauen auf ihren Listen und nach Möglichkeit auch die Erstellung von paritätischen Listen zu fördern.

Gleichstellungspolitik ist auch für Europas Unternehmen noch immer ein unaussprechliches Fremdwort. Noch immer werden Europas Unternehmen weitgehend von Männern geführt. Vertröstende Worte, Frauen künftig als Entscheiderinnen zu berücksichtigen gab es in der Vergangenheit zuhauf. Die Unternehmen hatten mehr als genug Zeit den Anteil der Frauen in Führungspositionen zu steigern. Passiert ist nichts. Wirkliche Verbesserungen konnten nur in den Ländern erzielt werden, wo verbindliche Regeln beschlossen wurden.

Wir erinnern uns: Nach langem Zaudern hat die Europäische Kommission einen stark verwässerten Vorschlag für eine geplante Frauenquote für Frauen in Führungspositionen vorgestellt. Ein Quotchen, das eine Frauenquote von 40% ausschließlich für Aufsichtsratspositionen und ausschließlich für Großkonzerne vorsieht. Außerdem ein zahnloser Papiertiger, weil im Kommissionsvorschlag keine wirklich wirksamen Sanktionen vorgesehen sind, wenn Unternehmen die Quote unterlaufen.

Unsere Berichterstatterin im Rechtsauschuss des EP, Evelyn Regner von der SPÖ, hat nun am 9. Juli ihre Vorschläge zu einer Verbesserung des Kommissionsvorschlags vorgestellt. Unter dem Motto "Women on Boards" will Evelyn den Anwendungsbereich auch auf börsennotierte Mittelständler ausdehnen. Sehr gut! Weil die Quote nicht allein für eine kleine Minderheit von Unternehmen gelten darf, sondern für möglichst viele Unternehmen.

Wir wollen Unternehmen auch stärker in die Pflicht nehmen mehr Frauen in Vorstandspositionen zu benennen, eben weil in den Vorstandsetagen die Entscheidungen getroffen werden und nicht in den Aufsichtsräten.

Schließlich schlägt Evelyn Regner vor, dass Unternehmen, die ohne ausreichende Begründung gegen die Frauenquote verstoßen von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossen werden. Ebenfalls eine klasse Idee, wie ich finde - und eine gute Motivation für die Unternehmen die Frauenquote umzusetzen.

Übrigens: Die öffentliche Auftragsvergabe fällt in den Zuständigkeitsbereich für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz - und da wird eine andere Evelyn(e) dafür sorgen, dass Evelyn Regner bestmöglich unterstützt wird.

Herzlichst,

Eure Evelyne Gebhardt

15.07.2013 über Kathrin Börner, *ABTEILUNG POLITIK Sekretariat der Referate FRAUEN- UND FAMILIENPOLITIK*

SPD Bodenseeregion

Meilenstein für Bodenseegürtelbahn

Die aktuelle Angebots-Studie für einen besseren Fahrplan auf der Bodenseegürtelbahn von Singen nach Friedrichshafen ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem leistungsfähigeren Schienenverkehr in der Region. Diese Studie ist für den Bodenseekreis die Basis, um von der Deutschen Bahn (DB), vom Land Baden-Württemberg und von der Bundesrepublik die Elektrifizierung und einen Ausbau dieser Bahnlinie zu fordern mit dem Ziel, die Bundesstrasse B31 zu entlasten. Die "Initiative Bodensee-S-Bahn" schlägt einen weiter gehenden Ausbau vor, damit nicht nur die Regionalbahn im Halbstundentakt zwischen Singen und Friedrichshafen verkehrt, sondern auch der erfolgreiche Interregio-Express (IRE) zwischen Basel und Lindau/Ulm in Zukunft im Stundentakt.

Halbstündliche Bodensee-S-Bahn und stündliche IRE-Züge Basel–Lindau/Ulm

Der Bodenseekreis fordert von der Deutschen Bahn (DB), vom Land Baden-Württemberg und von der Bundesrepublik einen Ausbau der immer noch eingleisigen Bodenseegürtelbahn Radolfzell - Friedrichshafen. Das wurde am 16. Juli 2013 vom Kreistag beschlossen. Verhandlungsbasis ist die erste, detaillierte Angebotsstudie von Schweizer Experten mit 10 Fahrplan-Varianten auf dieser Bahnlinie. Eine Regionalbahn im stündlichen „Stolper-Takt" und ein Regionalexpress im Zweistundentakt entsprechen den heutigen Ansprüchen nicht mehr. Dieser Fahrplan kann mit der Elektrifizierung allein nur marginal verbessert werden. Mit einer zusätzlichen Kreuzungssstelle in Sipplingen wäre wenigstens ein Halbstundentakt für die Regionalbahn machbar. Dann fehlt aber die Kapazität für den erfolgreichen Interregio-Express (IRE) von Basel nach Lindau/ Ulm. Das wäre für die ganze Bodenseeregion ein unakzeptabler Verlust. Deshalb ist ein weitergehender Ausbau der Infrastruktur notwendig. Dieser ist grundsätzlich von der Deutschen Bahn (DB) mit dem Verkehrsministerium Baden-Württemberg zu planen und vom Bund zu finanzieren.

Mitfinanzierung durch Region (öV-Fonds)

Ohne ein aktives politisches, planerisches und finanzielles Engagement aus der Bodenseeregion ist kein besserer Fahrplan zu erwarten. Dazu ist z.B. ein neuer „Fonds für den schienengebundenen öffentlichen Verkehr im Bodenseeraum" sinnvoll. Daraus sind insbesondere für die Flaschenhälse wie die Bodenseegürtelbahn Beiträge an den Ausbau und den Betrieb zu leisten. Möglichst viele und möglichst lange Doppelspuren sind die Voraussetzung, damit bei einem dichten Fahrplan flexibel auf Verspätungen reagiert werden kann. Das gilt auch für überregionale Fahrplanveränderungen, um optimale Anschlüsse zu sichern.

Neue Haltestellen zur besseren Erreichbarkeit der Wohnbevölkerung und Arbeitsplätze

Der Erfolg der S-Bahnen ist neben der Verdichtung des Fahrplanes auch darauf zurückzuführen, dass in der Nähe alter und neuer Siedlungen oder grosser Arbeitsplätze neue Haltestellen geschaffen wurden. Damit werden die Zubringerwege zu Fuss, mit dem Fahrrad oder mit dem Ortsbus wesentlich kürzer, die Fahrten brauchen weniger Zeit und die Bahn wird attraktiver.

Neue Doppelspuren unausweichlich

Die Bundesstrasse B31 mit den vielen Staus lässt sich mit einer weitgehend doppelspurigen Bodenseegürtelbahn wirksam entlasten. Deren Verkehrskapazität ist grösser als die einer vierspurigen Strasse. Dieser Bahnausbau darf nicht durch die geplanten, bahnparallelen Ortsumfahrungen zwischen Markdorf und Friedrichshafen erschwert werden.

Der öffentliche Verkehr des Kantons Zürich bewältigt heute schon mehr als die Hälfte des Autoverkehrs. In der Bodenseeregion ist es noch weniger als ein Viertel. Die „Initiative Bodensee-S-Bahn" fordert deshalb, die neue

Studie zu ergänzen. Es ist ein Ausbau zu planen, mit dem der Interregio-Express (IRE) im Stundentakt und die Regionalbahn (S-Bahn) im Halbstundentakt verkehren können. Zwischen Markdorf und Friedrichshafen braucht es in den Stosszeiten zudem einen verdichteten Taktverkehr. Ein vergleichbar guter Fahrplan wird auf mehreren Bahnlinien der Bodenseeregion bereits angeboten und ist auch auf der Bodenseegürtelbahn notwendig.

Detaillierte Stellungnahme und weitere Informationen siehe
www.bodensee-s-bahn.org

Mündliche Auskünfte: Paul Stopper, Falmenstrasse 25, CH-8610 Uster,
Telefon 0041 76 330 92 91,
E-Mail: paul@stopper.ch
04.08.2013 über: **Wolfgang Schreier**

SPD - Kreisverband Bodenseekreis

Sozialpolitik dominiert die Podiumsdiskussion der Bundestagskandidaten in Meckenbeuren

Der Stiftung Liebenau war, wie Direktor **Berthold Broll** anmerkte, die Organisation einer Podiumsdiskussion exklusiv zu sozialpolitischen Themen jede Mühe wert. Denn „die Anpassungen in der Politik laufen den Bedürfnisen der Betroffenen, den Alten, Behinderten und Kranken oftmals lange hinterher“. Doch vor dem Auftritt im Lokal „Kultur am Gleis“ gleich beim Bahnhof Meckenbeuren hatten **Annette Groth** (Die Linke, MdB), **Lothar Riebsamen** (CDU, MdB**), Jochen Jehle** (SPD), **Alexander Gaus** (Die Grünen) und der FDP-Bezirksvorsitzende **Reinhard Klumpp** Gelegenheit, das Vorzeigeprojekt der „Villa Gaissmaier“ mit einer ambulanten Wohn- und Betreuungsform für Jung und Alt zu besichtigen.

Bürgermeister **Andreas Schmid** legte in seinem Grußwort Wert auf die Feststellung, dass neue Modelle zum Zusammenleben mit Älteren und mit Menschen mit Assistenzbedarf eine ungeheure Zukunftsfrage für unsere sich demografisch ändernde Gesellschaft darstellten. Dem würde wohl auch **Tobias Volz**, SPD-Bundestagskandidat und Pflegedienst-Leiter aus Allensbach im Kreis Konstanz uneingeschränkt zustimmen. Und, so sagte der Bürgermeister, sei bei allem Anspruch, wonach die Behinderten und Pflegebedürftigen ihr Leben weitgehend selbstbestimmt führen sollen, auch ein dichtes soziales Netz der Nachbarschaftshilfe und des betreuten Wohnens unerlässlich. Er nannte die Podiumsteilnehmer „unsere Vertreter in der Region“, gerade in den diversen Belangen der Sozialpolitik. Immerhin: Der FDP-Mann hat in Wangen/Allgäu wesentlich am Zustandekommen des Rosenparks mitgewirkt, wie er sagte, also ebenfalls einer gemischten Wohnanlage „für Menschen mit einem Assistenzbedarf“.

Annette Groth, wohnhaft in Konstanz-Litzelstetten, und 60-Prozent schwerbehindert, wie sie betonte, sprach sich für eine weitgehend kostenlose Nutzung des ÖPNV durch Behinderte auf der Grundlage des neuen UN-Völkerrechts in Sachen Inklusion aus, das die Große Koalition in Berlin im Jahr 2009 für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland ratifizierte.

CDU-Mann **Riebsamen** erkannte, dass die Pflegeversicherung in die Jahre gekommen sei und nachgebessert werden müsste. Die pflegenden Angehörigen seien besser zu entlasten, und angesichts des Fachkräftemangels in der Alten- und Krankenpflege müsse die Politik über neuen Schwerpunkten in der Ausbildung bald „nachsitzen“.

Jochen Jehle (SPD) reklamierte für seine Partei den Grundsatz der Bildungsgerechtigkeit, wonach gute Bildung allen zugute kommen soll, auch den Menschen aus weniger begüterten Verhältnissen, bei der Inklusion gerade auch solchen mit Behinderungen, die auf dem Arbeitsmarkt bestehen können sollen mit einem menschenwürdigen Einkommen, von dem man auch leben kann.

Die Kandidaten auf dem linken Feld des Podiums waren sich grundsätzlich einig in der Position, wonach alle Einkommensbereiche, nicht nur die Beschäftigten aus nichtselbständiger Arbeit, grundsätzlich zur Finanzierung der Renten-und Krankenversicherung herangezo-

gen werden sollen, nebst höherer Besteuerung der „ganz Reichen“, wie **Jochen Jehle** anmerkte. **Alexander Gaus** von den Grünen plädierte für ein persönliches Pflegebudget statt der Auszahlung diverser ambulanter Sachleistungen. Die Linke **Annette Groth** berichtete begeistert von den eindrucksvollen Personalschlüsseln, von der Kita bis zur Pflege, in den skandinavischen Ländern, finanziert durch eine viel höhere Steuerquote als in Deutschland.

Nach einer kleinen Pause hatte das Publikum, darunter etliche Anwesende aus den Einrichtungen der Stiftung Liebenau, reichlich Gelegenheit, über drei beauftragte Mediatoren ergänzende Fragen an das Podium vorzubringen: zur Ausgleichsabgabe für Schwerbehinderte in den Unternehmen, zum 2.Bildungsweg für Behinderte und zur Finanzierung von Selbsthilfe-Netzwerken. Der SPD-Kandidat berichtete von der Arbeit im Kreistag im Rahmen der regelmäßig tagenden Hilfe-Plankonferenzen auf Kreis-Ebene.

25.07.2913 **W.Bernhard**

SPD-Wahlkundgebung mit Katja Mast in Immenstaad

Die Sommerferien haben bereits begonnen, doch die Kreis-SPD im Bodenseekreis (Friedrichshafen/Überlingen) will die Parteibasis in den Ortsvereinen auf die buchstäblich heiße Phase des Bundestagswahlkampfes einschwören. Der Kreisvorsitzende **Dieter Stauber** begrüßt dazu im Bürgersaal des Rathauses in Immenstaad vor knapp 60 Mitgliedern **Katja Mast**, die Pforzheimer Bundestagsabgeordnete und Generalsekretärin der baden-württembergischen SPD, die in diesen Tagen zu einer „Sommertour“ durch einige Landesregionen aufgebrochen ist.

Vor ihrem Termin am Bodensee lobt sie die Mitarbeiter/innen der „Tafel“ in der Hohentwielstadt Singen für ihr jahrelanges Engagement für die Bedürftigen und besonders dafür, dass sie als frühere Arbeitslose oder als Behinderte nicht lange gezögert haben, eine neue sinnstiftende Tätigkeit im Tafelladen zu übernehmen.

In Immenstaad am nördlichen Seeufer angekommen, moderiert die Politikerin zusammen mit dem Bundestagskandidaten **Jochen Jehle** die Dialog-Box, eine erweiterte Form des Info-Standes. Passanten bekommen die Gelegenheit, wichtige Vorhaben im SPD-Regierungsprogramm zu bewerten und einem subjektiven Ranking zu unterziehen. Was kommt an 1.-Stelle, der gesetzliche Mindestlohn mit 8,50 Euro, oder soll es die Reichensteuer sein? Im Bürgersaal sagt zu Beginn Dieter Stauber, der KreisVorsitzende: Die SPD steht für das Gemeinwohl und für soziale Gerechtigkeit. Er stellt Katja Mast als Sprecherin der Bundestagsfraktion in Berlin für den Bereich Arbeit und Soziales vor.

Portraitfoto 3 Katja Mast

Wenige Wochen vor dem Wahlsonntag am 22. September relativiert die Abgeordnete, die seit der denkwürdigen, vorzeitigen Neuwahl des Bundestages im Sommer 2005 dem deutschen Parlament angehört, die aktuellen Werte der Demoskopen für die einzelnen politischen Parteien. Viele Wählerinnen und Wähler entscheiden sich erst ganz kurz vor dem Wahltermin, welcher Partei sie ihre Stimme geben. Da kann sich also noch viel ändern.

In ihrer frei gehaltenen Rede vor den anwesenden Aktiven aus den Ortsvereinen kommt sie auf das Datum 1. August 2013 zu sprechen: da tritt der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für die unter dreijährigen Kleinkinder in Kraft. Ebenso das Gesetz zum umstrittenen Betreuungsgeld, einer Initiative der CSU, für jene Familien, die ihr Kind zu Hause betreuen wollen und dafür 100 Euro, nächstes Jahr dann 150 Euro bekommen, sofern eine SPD-geführte

neue Bundesregierung das Betreuungsgeld, wie versprochen, gleich wieder abschafft.

Katja Mast ruft in Erinnerung, dass die grünrote Landesregierung in Stuttgart in dem „Pakt für Familien“ die kommunalen Träger der Kinderbetreuungseinrichtungen mit 770 000 Euro unterstützt, während die frühere CDU/FDP-Landesregierung dafür nur 271 000 Euro übrig gehabt hat. Die Bundestagswahl sei eine Richtungsentscheidung auch in der Familien- und Frauenpolitik, stellt die SPD-Politikerin klar.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik wirft sie der CDU vor, in ihrem Wahlprogramm nur Themen zu benennen, aber keine Lösungsansätze mitzuteilen. Eine Initiative der SPD-geführten Bundesländer im deutschen Bundesrat zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes sei von der schwarz-gelben Mehrheit im Bundestag niedergebügelt worden.

Mast reklamierte andere Gesetzgebungsinitiativen der SPD zur Überwindung des Lohnunterschiedes bei weiblichen und männlichen Beschäftigten in den Unternehmen, der rund 22 Prozent beträgt, ebenso die Bekämpfung der Dumpinglöhne und „Befristungsorgien“ in den Werkverträgen wie bei Daimler.

Ausführlich geht die Abgeordnete auch auf die Unterschiede zwischen der CDU- und der SPD -Politik in der Frage ein: Wie beugen wir der um sich greifenden Altersarmut vor allem bei Frauen vor? Nicht einmal das, was CDU und FDP vor vier Jahren in die Koalitionsvereinbarung in diesem Punkt mal reingeschrieben haben, habe die jetzige Bundesregierung umsetzen können, auch nicht die Angleichung des Rentenniveaus Ost/West über 20 Jahre nach der Wiedervereinigung.

Die SPD ist die einzige Partei, ist Katja Mast überzeugt, die ein schlüssiges und in sich stimmiges Rentenkonzept vorgelegt habe. In ihren Antworten während der allgemeinen Aussprache nach der Rede erläutert sie noch das SPD-Verständnis von der Rolle des Staates bei der Verbesserung des Gemeinwohles und die Konzepte ihrer Partei zu einer besseren Bezahlung der Arbeit von Pflegekräften in den Spitälern und Altenheimen. Sie räumt auch ein, dass die Gewerkschaften, namentlich die IG Metall, nachdrücklich Widerstand angemeldet habe, als Müntefering und Schröder in der rot-grünen Bundesregierung vor neun Jahren bereits eine politisch festgesetzte Lohnuntergrenze für die Beschäftigten für erforderlich gehalten haben. Die Gewerkschaften sehen damals eine erhebliche Entwertung der Tarifparteien, die in erster Linie für die Tarifpolitik in den jeweiligen Branchen zuständig sind.

Jochen Jehle geht in seiner Rede auf regionale Anliegen der SPD ein: das Verbot des Fracking zur Gewinnung von Schiefergas aus dem Bodenseeraum, die Probleme mit der Finanzierung des Straßenbaus am nördlichen Seeufer (B 31), die Fallpauschale in den Spitälern und der Ausbau integrierter Wohnformen für alte und behinderte Menschen, wo sich Jehle bei der Stiftung Liebenau eigens kundig gemacht hat. Schließlich bittet der SPD-Wahlkreis-Kandidat darum, die ausliegenden Wahlkampf-Materialien (Plakate, Flyer, Werbeschriften) mitzunehmen und das Programm der Hausbesuche in den Kreisgemeinden weiterhin tatkräftig zu unterstützen.

Irene Belzig vom Ortsverein Immenstaad ruft in einem Grußwort dazu auf, in den Gemeinden besonders die Frauen zum Gang an die Wahlurne zu ermuntern. Mit einem kleinen Präsent dankt der Kreisvorsitzende anwesenden Mitgliedern des früheren Kreisvorstandes für ihre Arbeit.

31.07.2013 **W.Bernhard**

SPD Bodenseekreis kritisiert das neue Betreuungsgeld:
Dieter Stauber:

„Große Geldverschwendung“ und falscher Ansatz

„Das zum ersten August eingeführte Betreuungsgeld setzt völlig falsche Anreize und verschwendet Geld!“ so die einhellige Meinung des Kreisvorstandes der SPD Bodenseekreis. Der Kreisvorsitzende der SPD, **Dieter Stauber**, sieht das Geld am falschen Platz eingesetzt: Wenn es etwa 900.000 Kinder sind, deren Eltern anspruchsberechtigt wären, werden ungefähr Gesamtkosten von 1,2 Milliarden Euro erwartet. „Dieses Geld sollte besser und zielgerichtet für dringend notwendige Krippen-, Kindergarten-Plätze und Ganztagsbetreuung verwendet werden.“ Zwar erreiche der Bodenseekreis im Durchschnitt den geforderten Ausbau bei der Kinderbetreuung, aber diese Quote werde voraussichtlich den vorhandenen Bedarf nicht decken.

Im Übrigen werde das Betreuungsgeld auch

ausbezahlt, wenn die Eltern berufstätig sind oder die Kinder außerfamiliär betreut werden. Ob und wie die Kinder betreut würden, scheine dabei niemanden zu interessieren. Sollte das Kind außerfamiliär betreut werden, ist nur eine private Betreuung erlaubt, also keine öffentlich geförderten Kindertagesstätten oder Tagesmütter. „Ob dies im Sinne der Kinder und qualitätsvoll ist, scheint die Regierung nicht zu interessieren. Hauptsache es ist billiger als öffentlich geförderte Kinderbetreuung!“ ärgert sich Kreisvorsitzender Dieter Stauber.

Überhaupt habe der Gesetzgeber eindeutig nicht auf den Rat der Experten gehört! 16 Sozialverbände hatten in einem gemeinsamen Brief das Betreuungsgeld als „kontraproduktiv“ bezeichnet. „Das Betreuungsgeld widerspricht den Prinzipien einer modernen Gesellschaft in hohem Maße. Es konterkariert die gleichstellungspolitischen, sozialpolitischen und familienpolitischen Ziele, für die sich die Interessensvertretungen seit vielen Jahren einsetzen.“ – So der Wortlaut des Schreibens.

Die Sozialdemokraten sind sich jedenfalls einig, dass das „bildungsfeindliche Betreuungsgeld“ sofort nach der gewonnenen Bundestagswahl wieder abgeschafft wird. So stehe es auch im Regierungsprogramm.

31.07.2013 **Josef Büchelmeier**
Pressereferent des SPD-Kreisvorstandes

Termine im Bodenseekreis

KV Bodensee:

Kreisvorstandssitzung:

Dienstag, 03.09.2013,
19:00 Uhr - 22:00 Uhr
Ort: Tettnang, Hotel Ritter, Karlstr. 3
- Parteiöffentlich -
Einladung geht an alle Kreisvorstandsmitglieder, Ortsvereinsvorsitzenden, Kreistagsfraktionsmitglieder, Vorsitzende AG`s, interessierte Parteimitglieder, die im Verteiler aufgenommen sind.

SPD-Stammtisch

Donnerstag, 29.08.2013,
19:00 Uhr
Ort: Gaststätte Dorfkrug FN
Der ungezwungene Treff für SPD-Mitglieder und interessierte Bürger
Ausnahmsweise erst um 20 Uhr.

SPD-Sommerfest

Samstag, 07.09.2013,
16:00 Uhr - 22:00 Uhr
Ort: Ruderverein Friedrichshafen (Clubheim und Vereinsgelände am Hinteren Hafen in Friedrichshafen)
SPD-Sommerfest mit Essen und Trinken, Musik, Unterhaltung und vielem mehr.

Kanzler-Duell Steinbrück / Merkel

Sonntag, 01.09.2013,
20:00 Uhr - 23:00 Uhr
Ort: Gasthof Krone in Markdorf, Hauptstr. 2

Public Viewing im Gasthof Krone in Markdorf, Hauptstr. 2. SPD-Mitglieder, Neumitglieder, interessierte Bürger, Jugendliche und Gäste sind herzlich willkomen.

OV Bermatingen:

Ortsvereinsitzung

Montag, 09.09.2013,
19:30 Uhr - 21:30 Uhr
Ort: Weinstube Stecher

Infostand

Samstag, 14.09.2013,
10:00 Uhr - xx:00 Uhr
Ort: vorm Rathaus

OV Friedrichshafen:

SPD-Stammtisch und

Sommerfest

Jeweils siehe SPD Bodenseekreis

OV Kluftern:

Stammtisch SDP Kluftern

Mittwoch, 14.08.2013
15:00 Uhr - 19:00 Uhr
Sommerfest (grillen) der SPD Kluftern
Das Fest findet nur an einem regenfreien Tag statt. Grillfleisch bringt jeder selber mit. Getränke besorge ich. Wenn …

21.08.2013, 15:00 Uhr - 19:00 Uhr Sommerfest (grillen) der SPD Kluftern **(Ausweichtermin)**
Das Fest findet nur an einem regenfreien Tag statt. Grillfleisch bringt jeder selber mit. Getränke besorge ich. Wenn …

OV Markdorf:

Vorstandssitzung

Donnerstag, den 12. September 2013
um 20:00 Uhr

Ort: Gasthaus 'Krone' in Markdorf

Wir freuen uns auf einen informativen und vorschlagsreichen Abend und hoffen auch auf eine rege Beteiligung.

OV Meersburg:

Stammtisch:

Donnerstag, den 15.August 2013
um 20 Uhr
in der Weinstube im Truben,
Steigstr. 6 in Meersburg

Vorstandsitzung

Donnerstag, 29.08.2013
20:00 Uhr
Gutsschänke
Meersburg

OV Tettnang:

Sommerfest

Freitag, 13.09.2013,
19:00 Uhr - 22:00 Uhr
Ort: Bärlin Cafe Lounge, Tettnang
150 Jahre SPD und Du bist/ Sie sind mittendrin!

Programm:
- Gitarren-Duo Tocarritmo mit Manfred König und Gregor Panasiuk
- Improvisationen des Schauspielers Hermann Marte
- Randnotizen in schwäbischer Mundart von Ingrid Koch

Eine Teilnahme ist nur nach vorheriger Anmeldung möglich. Weitere Informationen werden noch folgen.

Termine Bundestagskandidat Jochen Jehle

Haustürbesuche

16.08.2013 - 17:00 bis 19:00
Kressbronn

Infostand Friedrichshafen, Energiepolitik

17.08.2013 - 09:30 bis 13:00
Adenauerplatz Friedrichshafen

Pressegespräch mit der AOK Bodensee-Oberschwaben

23.08.2013 - 09:00 bis 10:30
AOK Friedrichshafen

Unternehmensbesuch mit Wirtschaftsminister Nils Schmid

23.08.2013 - 14:30 bis 16:00
Firma Moog, Untersiggingen

Infostand Friedrichshafen, Familienpolitik

24.08.2013 - 09:30 bis 13:00
Kitzenwiese Friedrichshafen

Zu Gast beim familienpolitischen Aktionstag

Donnerstag, 29. August
2013 - 10:30 bis 13:00
Ort: Familiendorf Langenargen

Haustürbesuche

Freitag, 30. August 2013 - 17:00 bis 19:00
Ort: Kressbronn

Infostand Meckenbeuren

Samstag, 31. August 2013 - 8:00 bis 9:30
Ort: Meckenbeuren

Infostand Mieten und Integration

Samstag, 31. August 2013 - 10:00 bis 13:00
Ort: LAWOG, Friedrichshafen

Manchmal ist ein (Wurm) Buchstabe zu viel drin

In der letzten Ausgabe boten wir einen Beitrag zur Geschichte des Ortsvereins Donaueschingen zum Herunterladen an ohne zu wissen, dass sich ein Buchstabe (r) zuviel eingeschlichen hatte. Jetzt noch mal – aber richtig:

150 Jahre SPD:

Der Ortsverein **Donaueschingen** aus unserer südbadischen Nachbarschaft stellt einen Beitrag zur Geschichte der SPD vor:

Die Geschichte des SPD-Ortsvereins Donaueschingen kann man auf der homepage:

www.Spd-donaueschingen.de

als Broschüre downloaden.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Karrer

Prix Wasserfrau:

Der Prix Wasserfrau 2013 geht an die „Lila Distel – Frauen treffen Frauen“ in D-Singen.

Solidarische Grüsse aus der Schweiz

Hildegard Fässler, Grabs
Jury-Präsidentin

Lila Distel - Frauen treffen Frauen D-Singen

Der Treffpunkt wurde unter dem Namen „Frauenstüble“ gegründet am 11. Dezember 1987 als Anlaufpunkt für Frauen, um andere Frauen kennenzulernen, sich mit ihnen auszutauschen und in Form von Selbsthilfe Weiterbildung zu organisieren. Zu Beginn ging es auch darum, für die Kinder dieser Frauen erste Kontakte mit Gleichaltrigen zu schaffen. Der Offene Treff hat nach wie vor grossen Zulauf, so dass der Verein eine Sozialpädagogin und eine Erzieherin eingestellt hat. In der Zukunft soll sich die Lila Distel zu einem interkulturellen Treffpunkt mit Müttercafé weiter entwickeln.

Im März 2013 wurde das 25-jährige Bestehen mit einem grossen Fest gefeiert.

11.7.13 **Hildegard Fässler**

Lila Distel erhält Prix Wasserfrau

Die Jury des Prix Wasserfrau hat entschieden. Die **Lila Distel** aus Singen im Landkreis Konstanz wird dieses Jahr mit dem Traditionspreis des Sozialistischen Bodensee-Internationalen ausgezeichnet. Die Lila Distel wurde vor 25 Jahren unter dem Namen „Frauenstüble“ als offener Frauentreff gegründet. Der Austausch und die durch Selbsthilfe organisierte Weiterbildung standen zu Beginn im Vordergrund. Für die Zukunft plant die Lila Distel ein „Müttercafé“, das als interkultureller Treffpunkt für junge Mütter fungieren soll. **Frau Fritzsche**, Vorsitzende der Lila Distel freut sich sehr über die Verleihung des Preises.

Geplant ist mit dem Preisgeld im Mädchenzentrum der Lila Distel kostenlose Gewaltpräventionskurse anzubieten. Das findet auch die SBI gut und gratuliert der Lila Distel recht herzlich.

Die Preisverleihung findet im Rahmen eines Festaktes am Freitag, den **13. September 2013** um **18:00 Uhr** im **Gemeindesaal der Liebfrauengemeinde** statt (Uhlandstraße 39, D-78224 Singen).

05.08.2912 **Marius Osswald, Büro Hans-Peter Storz, MdL und Vizepräsident der SBI**

Frackingverbot in Deutschland und in der Schweiz muss kommen

SPÖ nimmt Umweltlandesrat in die Pflicht

Heftiger Widerstand gegen Fracking und das grüne Licht für Erdgassuche kommt erneut von SBI-Vizepräsidentin Olga Pircher und SPÖ-Landesgeschäftsführer **Reinhold Einwallner**. „Mit der von der britischen Firma Parkyn Energy Germany nun eingeforderten Erkundungskonzession rückt Fracking im Bodenseeraum gefährlich näher. Vorarlberg hat sich ge-

gen Fracking ausgesprochen, wie geht der Umweltlandesrat jetzt mit dieser Botschaft um? Wir fordern entschiedenen Widerstand dagegen ein“, so die Vizepräsidentin der Sozialistischen Bodensee-Internationale **Olga Pircher** und SPÖ-Landesgeschäftsführer Reinhold Einwallner.

Ein 2600 Quadratkilometer großer Bereich soll erkundet werden. Wenn die Firma fündig wird, wird’s äußerst bedenklich. Dazu Olga Pircher und Reinhold Einwallner: „Hätte man es auf eine Klage ankommen lassen müssen? Vor allem vor dem Hintergrund, dass die rechtlichen Materien in Deutschland keinerlei Spielraum offen lassen? Wir sind der Ansicht, dass hier der Hebel angesetzt werden muss. Es zeigt sich aber einmal mehr, dass wirtschaftliche Interessen vor Umweltinteressen stehen!“

Im energiepolitischen Wettkampf dürfe nicht jedes Mittel recht sein, schon gar nicht Fracking. Zu bedenken sei außerdem, dass diese Form der Energie nur für eine begrenzte Zeitdauer zur Verfügung stehe, die Umwelt aber für längere Zeit zerstört werde. Schließlich stehe die Trinkwasserversorgung von mehr als vier Millionen Menschen im Bodenseeraum auf dem Spiel. „Das einzige wirksame Mittel gegen Fracking ist ein generelles Verbot in Deutschland und in der Schweiz zum Schutz der Menschen und der Umwelt. Wir werden weiter dafür kämpfen und weiter grenzüberschreitend Verbündete suchen“, schließen Olga Pircher und Reinhold Einwallner.

18.07.2013 **in Vorarlbergs soziale Kraft**

Pircher macht Druck

Resolution der SPÖ-Frauen gegen eine Anhebung des Frauenpensionsantrittalters

„Glaubt Landeshauptmann Markus Wallner tatsächlich, dass die Rahmenbedingungen für Frauen bis 2016 so viel besser sind, dass das Pensionsantrittsalter für Frauen bereits ab 2016 angehoben werden kann? Der Vorarlberger Landeshauptmann sollte seinen Reformeifer dahingehend beweisen, dass er für die Beseitigung der Einkommensunterschiede, einen Mindestlohn von 1.500 Euro brutto, für mehr sozialen Wohnbau, für den Ausbau der Kinderbetreuung und für die Einführung einer Millionärsabgabe eintritt“, reagiert SPÖ-Frauenvorsitzende Olga Pircher auf die jüngsten Äußerungen des Landeshauptmannes.

Pircher erinnert daran, dass das 1992 beschlossene Gleichbehandlungsgesetz den Pensionsantritt für Frauen regelt. Damals ging man davon aus, dass bis zum Jahr 2024 Chancengleichheit für Männer und Frauen erreicht ist. Da sind wir meilenweit davon entfernt. „Es gibt genug Politikfelder, um Druck zu machen. Wenn die ÖVP kein anderes Thema mehr hat, dann sind sie politisch fast blind. Markus Wallner sollte seinen Vorschlag mit älteren Dayli-Mitarbeiterinnen diskutieren. Dann wüsste er, wie es den Frauen geht“, so Olga Pircher zum Wallnervorschlag.

Nicht gelten lassen will die SPÖ-Frauenvorsitzende den Vergleich mit anderen Ländern. Die Rahmenbedingungen seien einfach andere. Es gebe bessere Bedingungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie auch einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz. Die ÖVP sollte einsehen, dass viele Frauen während ihres Lebens sehr viel an unbezahlter Arbeit leisten. So sehe nämlich die Realität aus, auch wenn diese die ÖVP nicht sehen will. „Die SPÖ-Frauen setzen sich schon lange für eine Verteilung von unbezahlter zu bezahlter Arbeit zugunsten der Frauen ein. Das Pensionsantrittsalter für Frauen soll so bleiben, wie es jetzt geregelt ist. Eine dementsprechende Resolution der SPÖ-Frauen liegt schon vor“, schließt Olga Pircher.

22.07.2013 **in Vorarlbergs soziale Kraft**

Asylgesetz gehört reformiert

SPÖ-Einwallner:

Unmoralisches Gesetz ist schlechtes Gesetz

Die SPÖ Vorarlberg kritisiert die Abschiebung jener zehn Pakistanis, die im Wiener Servitenkloster Schutz gesucht haben. „Diese Menschen brauchen unsere Hilfe und Unterstützung. Stattdessen werden sie wie Verbrecher behandelt und in ein Land zurückgeschickt, in dem ihr Leben in Gefahr ist“, ärgert sich **Reinhold Einwallner**, Landesgeschäftsführer der SPÖ. Besonders bitter empfindet er die Reaktionen von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, die die Vorgehensweise als „rechtlich in Ordnung“ bezeichnet: „Wer sich als Politiker angesichts des menschlichen Leids, das das aktuelle Asylgesetz erzeugt, auf ebendieses Gesetz hinausredet, hat seinen Job nicht verstanden. Die Poli-

tik ist nicht die Sklavin des Gesetzes, im Gegenteil: sie bestimmt das Gesetz."

Für Einwallner gehört das aktuelle Asylgesetz dringend reformiert: „Ein unmoralisches Gesetz ist ein schlechtes Gesetz. Wir benötigen eine neue Herangehensweise in der Asylgesetzgebung, die sich an Menschlichkeit und Moral orientiert." Derzeit drehe sich die Debatte nämlich meist um jene Einzelfälle, die im Fokus der medialen Aufmerksamkeit stehen. Nur diese Fälle hätten derzeit die Chance, aufgrund des öffentlichen Drucks ein positives Ende zu nehmen, so Einwallner: „Nur ein reformiertes Gesetz schafft auch Gerechtigkeit bei jenen Fällen, die es nicht in den Blickwinkel der Öffentlichkeit schaffen."

01.08.2013 in Vorarlbergs soziale Kraft

100 Jahre für soziale Gerechtigkeit - Die Geschichte der SPÖ

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs ist eine der ältesten Parteien des Landes. Seit über 100 Jahren steht sie für soziale Gerechtigkeit und faire Chancen für alle. Viele Rechte, die uns heute selbstverständlich sind, gehen auf sie zurück. Dabei galt es, gewaltigen Widerständen – vom Verbot der Partei bis zur Verfolgung, Verschleppung und Ermordung ihrer Anhänger – entgegen zu treten.

Von den Anfängen bis zum Ende der Monarchie

Viktor Adler gilt als einer der Gründerväter. Ihm gelingt es 1889 verschiedene Strömungen der sozialdemokratischen Bewegung zu vereinen. Vor allem in den industrialisierten Gebieten sorgen die Sozialdemokraten mit ihren Ideen von sozialer Gerechtigkeit und Rechten für Arbeiter für Aufmerksamkeit und steigende Wählerzahlen: „8-8-8" lautet das Motto, also: 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Schlaf, 8 Stunden Erholung. Man fordert das allgemeine Wahlrecht und solidarisiert sich in Gewerkschaften. In der Zweiten Sozialistischen Internationalen erklärt man den 1.Mai zum Weltfeiertag der Arbeit.

Die Erste Republik – Schattendorf: Der Justizpalast steht in Flammen

Nach dem Ende der Monarchie und den Schrecken des Ersten Weltkriegs sorgen die Sozialdemokraten als Regierungspartei der Ersten Republik für die Durchsetzung sozialer Anliegen. Der Achtstundentag wird durchgesetzt und 1919 sind erstmals auch Frauen zu den Wahlurnen gebeten.

Doch die Koalition mit den Christlichsozialen hält nicht: die Spannungen zwischen den Großparteien verstärken sich und führen zu Auseinandersetzungen mit Waffengewalt: Im burgenländischen Schattendorf wird eine sozialdemokratische Versammlung von Kaisertreuen beschossen, doch der darauf folgende Prozess bagatellisiert den Mord an den Arbeitern („Schatten-dorfer Urteil"). Demonstrationen in der Hauptstadt sind die Folge, die von Ordnungskräften brutal niedergeschlagen werden. 85 Demonstranten bezahlen in der sogenannten Julirevolte mit ihrem Leben, Hunderte werden verletzt. Der spätere sozialdemokratische Bundespräsident Theodor Körner versucht die aufgebrachte Menge zu beruhigen – vergeblich: Am 15. Juli 1927 steht der Justizpalast in Flammen.

Austrofaschismus und Bürgerkrieg

Die folgenden Jahre intensivieren die Auseinandersetzung der Kontrahenten. 1933 nutzt Dollfuß eine Geschäftsordnungskrise des Parlaments („Selbstausschaltung des Parlaments") – mit Waffengewalt verhindert er das Wiederzusammentreten der Parlamentarier und führt Österreich in den Austrofaschismus: Die Sozialdemokratische Partei wird verboten und politische Rechte auf ein Minimum reduziert. De facto herrscht Diktatur: Verfolgung von politischen Gegnern und standesrechtliche Erschießungen stehen an der Tagesordnung. Der sozialdemokratische Widerstand gegen das faschistische Regime führt 1934 zum Österreichischen Bürgerkrieg, der innerhalb weniger Tage 1600 Menschen das Leben kostet.

Nach 1945 – Sozialdemokratische Regierungsverantwortung - Der Weg zu einem modernen Österreich

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur stehen Österreich große Aufgaben bevor. Krieg und Zerstörung haben ihre Spuren hinterlassen, aber wie schon 1918 steht die Sozialdemokratie auch 1945 an der Wiege der Republik. Im völlig ausgebombten Wiener Rathaus gründet Adolf Schärf die SPÖ neu und noch im gleichen Jahr wird Karl Renner zum ersten Bundespräsidenten der Zweiten Republik gewählt.

Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages 1955 erlangt Österreich seine volle Souveräni-

tät zurück. Das Anliegen der Sozialdemokratie trägt erneut Früchte: Das Arbeiterurlaubsgesetz wird beschlossen und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz tritt in Kraft. 1960 unterzeichnet Bruno Kreisky als Außenminister den EFTA Vertrag. Unter seiner Führung erlebt Österreich ein neues Zeitalter des Wachstums und des sozialen Wohlstandes. Wichtige Errungenschaften wie die 40 Stundenwoche treten in Kraft. Unter Vranitzky tritt Österreich 1995 der EU bei.

Nachdem die ÖVP 1999 Koalitionsverhandlungen scheitern lässt und unter heftigen nationalen und internationalen Protesten eine Koalition mit Jörg Haiders FPÖ eingeht, befindet sich die SPÖ als stimmenstärkste Partei nach 30 Jahren erstmals wieder in Opposition. Nach Viktor Klima ordnet Alfred Gusenbauer die Partei neu und sorgt kontinuierlich für Zugewinne: Seit Dezember 2000 kann die SPÖ 14 Wahlsiege in Folge für sich verbuchen.

Im April 2004 gewann Heinz Fischer die Bundespräsidentenwahl. Damit war erstmals seit 1980 wieder ein von der SPÖ unterstützter Kandidat erfolgreich, und zwar mit einem Stimmenanteil von 52,4 %. Im April 2010 wurde er mit knapp 80% der Stimmen klar in seinem Amt bestätigt.
Die Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP führten am 11. Jänner 2007 zur Angelobung der Bundesregierung Gusenbauer, einer Großen Koalition von SPÖ und ÖVP unter Bundeskanzler Alfred Gusenbauer.

Am 16. Juni 2008 wurde Werner Faymann in einer Präsidiumssitzung zum geschäftsführenden Bundesparteivorsitzenden bestellt. Am 8. August 2008 löste er Gusenbauer als Bundesparteivorsitzender ab.

Am 7. Juli 2008 kündigte die ÖVP die rot-schwarze Koalition auf. Bundeskanzler Gusenbauer erklärte, dass er bei einer Neuwahl nicht mehr als Spitzenkandidat antreten werde. Im September 2008 fand die 24. Nationalratswahl in Österreich statt. Die SPÖ konnte mit 29,3 % der Stimmen zwar den ersten Platz verteidigen, dennoch verbuchte sie das schwächste Ergebnis seit der Neugründung 1945. Die Parteichefs von SPÖ und ÖVP, Werner Faymann und Josef Pröll erklärten nach der Wahl, dass sie sich auf eine erneute Koalition mit Faymann als Bundeskanzler geeinigt haben.

Aus Vorarlbergs soziale Kraft

SPD Kreis BC
MdB Martin Gerster

Bundestagsabgeordneter setzt auf persönliche Gespräche:

Martin Gerster macht Hausbesuche in Dürmentingen

DÜRMENTINGEN - Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** setzt seine beliebten Hausbesuche fort. Der 41-Jährige wird am späten Vormittag des Freitags, 2. August, wieder in der Gemeinde Dürmentingen an den Haustüren klingeln, um mit den Bewohnern ins Gespräch zu kommen.

Gerster hat wieder Rosen und für die Kinder kleine Mitbringsel dabei und will auf diesem Wege auch Menschen treffen, die sich kaum oder nicht für Politik interessieren. „Ich möchte die Meinungen und Wünsche der Menschen aufnehmen und direkt in Kontakt mit den Dürmentingern kommen“, teilte der Abgeordnete mit. Außerdem verteilt Gerster Karten, aus denen für zehn Rücksender je eine kostenlose viertägige Berlinreise mit Begleitperson verlost wird.

Biberach, den 22. Juli 2012 **Wolfgang Heinzel, Büroleiter Bürgerbüro Biberach**

Verkehrsminister Hermann lenkt bei B 312 ein:

Martin Gerster begrüßt Kurswechsel des Verkehrsministeriums

Berlin (age) – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** und sein Ulmer Landtagskollege **Martin Rivoir** (SPD) haben die Entscheidung von Landesverkehrsminister **Winfried Hermann** (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt, die B 312 mit den Ortsumfahrungen Ringschnait, Ochsenhausen und Edenbachen komplett für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans nach Berlin zu melden.

Im Bild: Martin Gerster und Winfried Hermann beim Gespräch über die Zukunft der B 312 in Ravensburg

Hermann hatte Gerster bereits am Rande des Spatenstichs für die Ortsumfahrung B 30 bei Ravensburg in einem Gespräch signalisiert, dass er eine solche Komplettanmeldung anstrebe. Nach intensiven Beratungen, die nicht zuletzt auf Druck der SPD-Landtagsfraktion zustande gekommen sind, hat der Landesverkehrsminister diese Entscheidung jetzt auch schriftlich bestätigt.

„Nun ist das Bundesverkehrsministerium gefordert, die notwendigen Mittel für den Bundesfernstraßenbau zur Verfügung zu stellen und die lange Liste wichtiger Verkehrsprojekte abzuarbeiten, die auf ihre Umsetzung warten“, so Gerster. Er kündigte an, sich auch weiterhin in Bund und Land für die regionale Verkehrsinfrastruktur einzusetzen und bei dringend notwendigen Vorhaben Druck zu machen.

Wichtig ist Gerster auch die B 465 mit den Ortsumfahrungen Warthausen und Ingerkingen: „Martin Rivoir und ich setzen uns dafür ein, dass sich Verkehrsminister Hermann auch hier zu einer Unterstützung durchringt“.

Berlin, 23.7.2013 **Alexander Geisler M.A.**

Bundestagsabgeordneter setzt Hausbesuche fort:

MdB Martin Gerster kommt nach Bad Buchau

BAD BUCHAU- Am Abend des Dienstags, 20. August, kommt der Biberacher SPDBundestagsabgeordnete **Martin Gerster** nach Bad Buchau. Er wird mit den Bürgerinnen und Bürgern der Kurstadt an den Haustüren das Gespräch suchen und rote Rosen verteilen.

„Ich setze in diesem Wahlkampfjahr erneut stark auf persönliche Begegnungen und mache damit sehr positive Erfahrungen“, so der 41-jährige Abgeordnete. Viele Menschen kommen auf das Angebot im Rahmen seiner Hausbesuche zurück und sprechen mit ihm über persönliche oder kommunale Anliegen. „Dabei lernt man auch die kennen, die eigentlich kein Interesse an Politik haben“, erklärte Gerster. Zudem verteilt er Mitbringsel, Rosen und Karten, mit denen man die Teilnahme an einer viertägigen Berlinfahrt 2014 gewinnen kann.

Biberach, 01. 08. 2013 **Wolfgang Heinzel, Büroleiter Bürgerbüro Biberach**

MdB Gerster:

200.000 Euro Zuschuss für die Kreishandwerkerschaft Biberach Überbetriebliche Ausbildungsstätte wird moderner

BIBERACH - „Die Kreishandwerkerschaft Biberach bekommt vom Land für die Modernisierung ihrer überbetrieblichen Ausbildungsstätte rund 200.000 Euro“, hat der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** mitgeteilt. Ein flächendeckendes Netz überbetrieblicher Berufsbildungsstätten mit Werkstätten, Selbsttrainings- und Seminarräumen, das von den Organisationen und Selbsthilfeeinrichtungen der Wirtschaft getragen werde, sei Grundlage für die überbetrieblichen Aus- und Weiterbildungsangebote, die allen Betrieben und Beschäftigten offen stünden. „Die 30-prozentige Förderung dieser Modernisierungsmaßnahmen durch das Land dient der Sicherung des Fachkräftenachwuchses der mittelständischen Wirtschaft“, so Gerster. „Um die Qualität der betrieblichen Aus- und Weiterbildung auf höchstem Niveau zu erhalten, sind kontinuierliche Modernisierungen und Ergänzungen im technischen Bereich nötig.“

Mit den Fördermitteln werden in den Metall- und Elektronikwerkstätten der Kreishandwerkerschaft Biberach hauptsächlich veraltete Geräte und Maschinen ersetzt oder modernisiert. Die Gesamtkosten der Modernisierung betragen rund 673.000 Euro, wovon der Bund 45 und 25 Prozent die Kreishandwerkerschaft selbst trägt. Diese leistet mit rund 50 Theorie- und Werkstattplätzen umfassende überbetriebliche Aus- und Weiterbildung von Feinwerkmechanikern, Anlagenmechanikern, Elektroni-

kern, Maschinen- und Anlagenführern, Friseuren und Malern.

Biberach, den 24. Juli 2013 **Wolfgang Heinzel, Büroleiter Bürgerbüro Biberach**

Landesinnenminister Reinhold Gall (SPD) in Erolzheim im Illertal

Bis ins Illertal nahe an der Grenze zum Freistaat Bayern reiste **Reinhold Gall**, der sozialdemokratische bzw. baden-württembergische Landesinnen- und Polizeiminister, um speziell die Sorgen der Bürger nahe an der Autobahn A 7 zwischen Kempten und Ulm um die Aufrechterhaltung der Sicherheit zur Kenntnis zu nehmen. Von Lindau bis Ellwangen, also entlang der A 7, hat in den vergangenen Monaten die Zahl der Wohnungseinbrüche überdurchschnittlich zugenommen. **Martin Gerster**, der Bundestagsabgeordnete, tat gut daran, den Minister in die Mehrzweckhalle in Erolzheim (Kreis Biberach) einzuladen.

Bürgermeister Ackermann nahm die Zusicherung des Ministers gerne mit, dass der Polizeiposten Ochsenhausen erhalten bleibt. Im Rahmen der geplanten Polizeireform in Baden-Württemberg stand die Streichung ursprünglich zur Diskussion. Offen bleibt es allerdings, ob für die Gemeinden im Illertal zusätzlich noch ein Polizeiposten eingerichtet werden kann, der Bekämpfung der Einbruchskriminalität wegen. In der Statistik sind für das Jahr 2012 immerhin 120 derartige Straftaten an der Ostgrenze des Landkreises Biberach registriert.

Minister Gall interessierte sich bei seinem Besuch in Erolzheim besonders auch für den Ausbau des Feuerwehrgerätehauses und sonst für die Situation bei der örtlichen Feuerwehr. Gall ist bekanntlich selber gelernter Feuerwehrmann und sogar Kreis-Ausbilder bei der Feuerwehr im nordwürttembergischen Landkreis Heilbronn!

Bis zu 60 Beamte kommen im Zuge der Landes-Polizeireform zusätzlich in die Bodenseeregion, so die ursprüngliche Planung des Stuttgarter Innenministeriums.

Der Polizeiminister schilderte die absehbare Umbruchsituation bei der Landespolizei, wonach in den kommenden Jahren rund 40 Prozent der Beamten in den Ruhestand versetzt würden, ohne dass genügend Nachwuchskräfte für die wachsenden Aufgaben im Polizeidienst gewährleistet seien, trotz der Erhöhung der Einstellungszahlen auf 50 Prozent. An der Präsenz in der Fläche werde sich durch die längst fällige große Polizeireform (von der Landes-CDU verschlafen) nichts ändern, beteuerte der Minister bei seiner Ansprache in Erolzheim, man denke auch an eine Verstärkung im Vollzugsdienst. Auf der anderen Seite wandte sich Gall an die Zuhörer: „Sie können und sollen nicht immer nur nach dem Staat rufen, wenn Sie ihn am Tatort dringend brauchen!“ Tugenden wie Zivilcourage und bürgerlicher Gemeinsinn im eigenen Wohnumfeld lassen nach seinen Beobachtungen leider eher zu wünschen übrig. Nicht wenige Straftaten könnten verhindert werden, wenn Mitbürger selber öfters Augen und Ohren offen halten würden, anstatt sie bequemer weise zu schließen. Der Minister kündigte Sondermaßnahmen bei der Autobahnpolizei und beim Zoll zur Abwehr und Aufklärung bei den Wohnungseinbrüchen an. Haus- und Wohnungsinhaber könnten selber auch präventiv zur Sicherung ihrer Immobilien beitragen, beim Schließen von offenen Terrassentüren und Fenstern in Kippstellung.

Nicht einfach ist zudem das Bedürfnis bei der jungen Generation nach möglichst uneingeschränkter Freiheit ohne staatliche Bevormundung wie beim Erwerb und Verzehr von reichlich Alkohol, bei gleichzeitig hohem Sicherheitsanspruch beim Aufenthalt in Diskotheken und bei den sommerlichen Heimatfesten in Oberschwaben und am Bodensee. Dies ausge-

wogen zu bewerkstelligen, sei eine nicht immer leicht zu lösende Aufgabe, so Minister Gall.

Die Polizeireform ist im Stuttgarter Landtag am 17. Juli gegen die Stimmen der Abgeordneten von CDU und FDP auf den parlamentarischen Weg gebracht worden. Von Januar 2014 an sollen 24 200 Polizeibeamte und 5 000 weitere Mitarbeiter/innen im Landesdienst eine neue **Arbeitsplatz-Struktur** bekommen. Die Kosten der Polizeireform werden für die kommenden 15 Jahre auf 123 Millionen Euro veranschlagt. Die frühere CDU-geführte Landesregierung hatte übrigens 1 000 Polizeistellen gestrichen und auf eine Anpassung der Organisationsstruktur verzichtet. Aus bis jetzt 37 Polizeipräsidien und –Direktionen werden neu 12 regional zuständige Polizeipräsidien, wie zum Beispiel das künftige Polizeipräsidium Konstanz (zuständig für die Landkreise Konstanz, Sigmaringen, Ravensburg und Bodenseekreis).

25.07.2013 **W.Bernhard**

Gerster freut sich über Bestnote auf Abgeordnetenwatch.de

Berlin (age) – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** freut sich über seine sehr gute Bewertung bei der Beantwortung von Bürgeranfragen durch das Internet-Portal **abgeordnetenwatch.de**. Mit 36 von 36 in der laufenden Wahlperiode beantworteten Fragen hatte ihn die Webseite in der Spitzengruppe der baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten auf Platz zwölf eingruppiert. „Demokratische Politik braucht Öffentlichkeit, und Angebote wie dieses helfen, Bürger und Abgeordnete besser ins Gespräch zu bringen“, so Gerster. Das seit 2004 existierende Portal **Abgeordnetenwatch.de** ermöglicht allen Interessierten, öffentlich Abgeordnete zu befragen und sich ohne Umwege über die Seiten des Bundestages über ihr Abstimmungsverhalten, Redebeiträge oder Nebentätigkeiten zu informieren.

Hinweis:
Die entsprechende Übersicht findet sich unter:
http://beta.abgeordnetenwatch.de/blog/2013-07-02/die-bundestagsabgeordneten-im-antwort-check

30.07.2013 **Alexander Geisler M.A.**

SPD Kreis Ravensburg

„Für Fortschritt und Gerechtigkeit- Eine Chronik der SPD“

Anlässlich der Aktionen zum 150jährigen Bestehen der deutschen Sozialdemokratie hat der Parteivorstand in Berlin den Partei-Untergliederungen angeboten, eine Buchveröffentlichung der Bundes-SPD zu ergänzen mit regionalen Aufsätzen zur Parteigeschichte.
Die Ravensburger Kreis-SPD hat sich daran beteiligt mit eigenen Beiträgen von Günther Biegert und Bodo Rudolf: „Was mit Lassalle in Leipzig begann und mit Bebel in Ravensburg weiterging: Auf den Spuren der frühen Arbeiterbewegung in Oberschwaben“ und „Rote Dächer, gelbe Wiesen, schwarze Seelen - in Ravensburg und im Kreis herum“.

Exemplare dieser spannenden Buch-Veröffentlichung können noch nachgefragt werden zum Preis von 16.90 Euro, bei Peter Didszun, Weingarten
peter.didszun@web.de

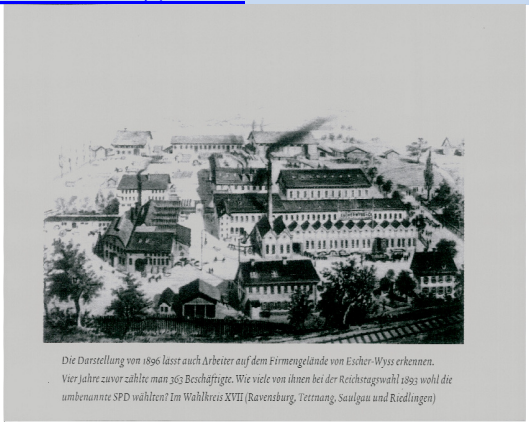


Bild-Quelle: aus dem Buch „Für Fortschritt und Gerechtigkeit - Eine Chronik der SPD, herausge-geben von Andrea Nahles und Barbara Hendricks, mit Essays und Interviews, Bild S. 145 (Stadtarchiv RV)
Firmengelände von Escher-Wyss in Ravensburg 1896 mit 363 Beschäftigten

SPD Kreis Ulm
Alb-Donau Kreis
MdB Hilde Mattheis

„Wege zur Demokratie kann man nur von innen heraus finden“

Politischer Umbruch, Straßenkampf und Hoffen auf Demokratie: Die aktuelle Lage in Türkei, Syrien und Ägypten diskutierten die Bundestagsabgeordneten **Hilde Mattheis** und **Christoph Strässer** mit etwa 25 Interessierten in Söflingen. Mattheis hatte ihren Fraktionskollegen in ihren Wahlkreis geholt, um über die brenzlige Situation in diesen Ländern und die Möglichkeiten der deutschen Politik zu informieren.

Strässer mahnte diplomatische Zurückhaltung und die Aufnahme von politischen Flüchtlingen an. „Soziale Gerechtigkeit hört nicht an den deutschen Grenzen auf“, appellierte auch **Mattheis** an die Hilfsbereitschaft aller.

Eindrucksvoll schilderte Strässer den Besuch eines Gefängnisses in Ägypten, bei dem der Wärter offen zugab: „Natürlich wird gefoltert.“ Deshalb müsse bei allen diplomatischen Kontakten die Einhaltung demokratischer Standards angesprochen werden. „Deutschland macht Werteexport überwiegend durch Waffenexport“, klagte Strässer an.

Auch völkerrechtlich gebe es Handlungsbedarf: das Nichteinmischungsprinzip in innere Angelegenheiten eines Staates müsse erweitert werden : Wenn eine Regierung ihrer Verpflichtung nicht nachkomme, seine Bevölkerung zu schützen, dann müsse die Schutzpflicht auf die Internationale Gemeinschaft übergehen und eine humanitäre Intervention möglich sein. „In dieser einen Welt muss Platz sein für alle“, forderte Strässer mehr Toleranz und Frieden ein.

Ulm, 09.07.2013 **Dagmar Neubert-Wirtz, Büro Hilde Mattheis, MdB**

Fachkräfte vor Ort qualifizieren, Jugendliche sinnvoll unterstützen

Es gibt viel zu tun in der Beruflichen Bildung, lautete das Fazit der Fachrunde zur Beruflichen Bildung, zu dem die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** in die Handwerkskammer Ulm geladen hatte. Der Bildungsexperte der SPD-Bundestagsfraktion Willi Brase diskutierte mit Berufsschullehrern und Vertretern der Bildungsträger, wie der Fachkräftemangel entschärft und Jugendliche in der Ausbildung gestärkt werden können.

auf dem Bild zu sehen vlnr: Lothar Beck, Schulleiter Valckenburgschule Karin Schmid, Geschäftsführerin Recht und Bildung Handwerkskammer Ulm Willi Brase, MdB, Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung Hilde Mattheis, MdB, Initiatorin der Fachrunde Stefan Häusele, Abteilungsleitung Jugendberufshilfe institut fakt.ori Lorenz Schulte, Leiter Ferdinand-von-Steinbeis-Schule Stefanie Huppert, Leiterin des ARTEMIS-Projektes Neue Arbeit gGmbH

Brase forderte eine stärkere Berufsorientierung an allen Schulen, auch in den Gymnasien, mehr ausbildungsaktive Unternehmen und eine Eindämmung des Mangels an Berufsschullehrenden. Für eine bessere Sachausstattung an den Schulen regte er eine finanzielle Beteiligung des Bundes an. „2,2 Millionen junge Erwachsene ohne Berufsabschluss sind eine Blamage für unsere Bildungsrepublik“, unterstrich der Bildungsexperte.

„Wie kann es uns gelingen, die Lücke zwischen offenen Ausbildungsstellen und unversorgten Bewerbern zu schließen?“, fragte Stefan Häusele, Abteilungsleiter der Jugendberufshilfe im institut fakt.ori Ulm. Als Hauptproblem für die Ausweitung des Übergangsbereiches zwischen Schule und Ausbildung identifizierte er den „Förderflickenteppich“ aus europäischen, Landes- und Bundesmitteln, der aus einer kurzfristigen, projektorientierten Vergabepraxis resultiere. Brase regte hier ein regionales Fördermittelmanagement an, in dem alle Gelder in einen Topf fließen und die Partner vor Ort gemeinsam über die Verwendung entscheiden.

„Bildung und soziale Gerechtigkeit hängen sehr eng zusammen“, betonte Mattheis und Brase verstärkte die Aussage mit „Für uns als SPD ist Berufliche Bildung ein zentrales Anliegen“. Damit trafen sie den Nerv der Berufsschullehrer. Lothar Beck, Leiter der Valckenburgschule und Karl Seifert, Leiter der Kaufmännischen Schule Ehingen, beklagten die mangelnde Wertschätzung der Beruflichen Bildung in der öffentlichen Wahrnehmung. „Wir benötigen dringend Fachkräfte, sonst bricht uns die Versorgung in der Region zusammen“, warnte Lorenz Schulte, Leiter der Ferdinand-von-Steinbeis-Schule. Diese müssten vor allem im Bereich der Dualen Ausbildung qualifiziert werden, betonte Brase: „Wir brauchen nicht nur Häuptlinge, wir brauchen auch Indianer“.

Ulm, 12.07.2013 **Büro Hilde Mattheis, MdB**

„Jeder denkt an jeden“

Mattheis besucht Mehrgenerationenwohnen Ulm-West

„Sie sind eine sehr lebendige und aktive Wohngemeinschaft. Alle leisten einen Beitrag und Sie unternehmen viel zusammen“, resümierte die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** ihren Besuch des Mehrgenerationenhauses. Mattheis selbst gehört auch zu den gemeinsamen Unternehmungen: Zuerst besuchte eine Gruppe von acht Mitgliedern des Vereins mehrgenerationenwohnen Ulm-West sie an ihrem Arbeitsplatz in Berlin. Nun folgte die Abgeordnete der Gegeneinladung und kam zum Besuch nach Söflingen.

„Jeder denkt an jeden“, fasste Gemeinwesenarbeiterin Jessica Siegel das Lebensgefühl in den 36 Mietwohnungen zusammen, die auf Initiative des Vereins durch die Ulmer Heimstätte gebaut wurden. Ziel aller ist ein aktives Zusammenleben von Menschen aller Altersgruppen und in unterschiedlichen familiären Konstellationen. Fünf Jahre ist der Verein alt, seit drei Jahren bewohnen sie das Wohnprojekt im Ulmer Westen. Drei und mehr nicht miteinander verwandte Generationen leben hier unter einem Dach, plaudern, helfen und unterstützen einander. Die jüngsten Bewohner sind Kleinstkinder, die älteste Bewohnerin ist 94 Jahre alt. Einziger Wermutstropfen: die hohen Mietpreise von zehn Euro pro Quadratmeter, dafür sind alle Wohnungen barrierefrei. „Ein tolles Beispiel für ein funktionierendes Zusammenleben mit nachbarschaftlichen Kontakten und gegenseitiger Hilfe“, regte Mattheis die Nachahmung dieses Zukunftsmodells an.

Ulm, 15.07.2013 **Büro Hilde Mattheis, MdB**

Ulmer wollen zivile Krisenprävention stärken

„95 Millionen Euro für zivile Krisenprävention im Vergleich zu 33 Milliarden für militärische Einsätze dürfen nicht die Zukunft sein“, forderte die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** im Gespräch mit der ehemaligen Bundesministerin **Edelgard Bulmahn** und dem Ulmer Flüchtlingsrat. „Wir müssen viel mehr tun, um Gewalt zu verhindern und dauerhaft den Frieden zu sichern“, setzte sich Bulmahn für eine höhere finanzielle Unterstützung der Friedensförderung ein.

(v.l.n.r. Hilde Mattheis, Edelgard Bulmahn).

„Friedensförderung muss zu einer Kernaufgabe deutscher Außenpolitik werden. Das ist im Augenblick überhaupt nicht der Fall“, kritisierte **Edelgard Bulmahn**, Sprecherin der SPD-Fraktion im Unterausschuss Zivile Krisenprävention. „Spätestens seit den kriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Mali und Syrien sollte jedem klar sein, wie wichtig zivile Krisenprävention ist.“ Wie diese Forderungen in der Praxis umgesetzt werden können, stellte sie beim Gespräch mit Dieter Lang und Mitglie-

dern des Flüchtlingsrates Ulm und Alb-Donau-Kreis sowie weiteren Interessierten vor. Der Flüchtlingsrat würde die Auswirkungen direkt spüren, kümmert er sich intensiv um Einzelfälle in der Region und steht auch im engen Kontakt zu den syrischen Flüchtlingen.
Größtes Hindernis sei das deutsche Ressortprinzip, dass Informationsfluss und Zusammenarbeit im internationalen Engagement erschwere. Deshalb sei der Ausbau und die Aufwertung ressortübergreifender Strukturen nötig, damit „Friedensförderung als Chefsache im Auswärtigen Amt gesehen wird", betonte Bulmahn. Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze müsse ausgebaut und der Zivile Friedensdienst gestärkt werden, um Personal und Wissen für Friedensmissionen zur Verfügung stellen zu können. „Deutschland ist ein Zivilmacht. Wir müssen uns stärker engagieren, um Gewalt, Eskalation und schwere persönliche Schicksale zu vermeiden", unterstützte Mattheis.

Einen Einblick in die persönlichen Schicksale, die durch Gewalt und Flucht entstehen, gewannen Mattheis und Bulmahn im Vorfeld der Diskussion beim Besuch eines Integrationssprachkurses an der Ulmer Volkshochschule. Die Teilnehmenden aus Syrien, Spanien und Ungarn berichteten eindrucksvoll von ihren Erfahrungen mit Folter, Armut und politischer Unterdrückung.

Ulm, 16.07.2013 **Büro Hilde Mattheis, MdB**

Bei Integration in Ulm und Alb-Donau unterstützen

v. l. n. r. Teilnehmende des Integrationssprachkurses mit den Bundestagsabgeordneten Edelgard Bulmahn und Hilde Mattheis

„Was kann man besser machen?", fragte die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** zugewanderte Menschen in Ulm. Beim Besuch des Integrationssprachkurses an der Ulmer Volkshochschule konnte sie sich mit ihrer Fraktionskollegin **Edelgard Bulmahn** ein Bild vom Alltag der Teilnehmenden machen. „Da kommen hochmotivierte und gebildete Leute nach Ulm, besuchen den Sprachkurs und wir wissen wenig über deren Lebenssituation", resümierte Mattheis die Gesprächsrunde im Club Orange.

Viele Alltagsprobleme erschwerten die Integration, berichteten die Teilnehmenden. Einer wohnt beispielsweise in Berghülen und hat Schwierigkeiten, mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Ulm zu kommen, um am Sprachkurs teilzunehmen. Die überwiegend aus Syrien, Spanien und Ungarn stammenden Menschen berichteten über ihren Alltag, ihre Pläne und auch die Gründe für die Auswanderung nach Deutschland. Erfahrungen mit Folter, Armut und politischer Unterdrückung müssten erst verarbeitet werden. Dazu diskutierte die Expertin für zivile Krisenprävention und ehemalige Bundesministerin **Bulmahn** unter Moderation der vh-Leiterin Dr. **Dagmar Engels** Konfliktursachen und zivile Präventionsmöglichkeiten mit den syrischen Flüchtlingen, die aus erster Hand von den Auswirkungen der Gewalteskalation berichteten.

Ulm, 23.07.2013 **Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Büro Hilde Mattheis, MdB**

Europa geht anders

Diskussion mit den Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis und Werner Schieder in Langenau

Eurokrise, hohe Jugendarbeitslosigkeit, steigende Armut – viele Fragen zu Europa diskutierten die Bundestagsabgeordneten **Hilde Mattheis** und **Werner Schieder** bei der Veranstaltung in Langenau. Einig waren sich die Anwesenden in der Zielsetzung: „Europa geht anders, nämlich sozial und gerecht statt Sozialabbau", fasste Mattheis zusammen.

Die Reaktion der Europäischen Union auf die Finanz- und Wirtschaftskrise sei nach Mattheis

eine folgenschwere Kürzungspolitik. Auch Schieder, Mitglied im Bundestagsausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, kritisierte das derzeitige Krisenmanagement der Eurokrise: „Auf massiven Druck der Kanzlerin müssen die kleinen Leute überall in Südeuropa die Folgen der Zockerei auf den Finanzmärkten zahlen, während die Profiteure der Krise und die Vermögenden ungeschoren davon kommen“.

„Europa heißt Frieden, Gerechtigkeit, Demokratie, Solidarität. Zurzeit erleben wir allerdings Krise, Existenzangst und Perspektivlosigkeit für junge Menschen“, so Schieder. Zur Stärkung der sozialen Dimension auf europäischer Ebene fordere die SPD eine der Wirtschafts- und Währungsunion gleichrangige Sozialunion. Nur durch ein besseres Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension könne der Binnenmarkt seine Kräfte für alle positiv entfalten.

Ulm, 24.07.3013 **Dagmar Neubert-Wirtz**
Büro Hilde Mattheis, MdB

„Nachrichtendienste müssen stärker kontrolliert werden!“

Hilde Mattheis, MdB beteiligt sich an der Demonstration „#Stop Watching Us“ am 27. Juli 2013 in Ulm. Sie erklärt dazu:

Die Überwachung von Emails, Telefonanrufen und SMS durch den amerikanischen Geheimdienst stellt einen massiven Eingriff in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger dar. Denn jeder und jede hat das Recht ungestört und ohne Überwachung zu kommunizieren. Dieses Grundrecht darf nicht durch Nachrichtendienste ausgehöhlt werden.

Durch die Enthüllungen von Edward Snowden ist klar geworden: Nachrichtendienste müssen stärker demokratisch kontrolliert werden. Wir brauchen eine breite öffentliche Debatte darüber, welche Aufgaben und Befugnisse Geheimdienste in unserer demokratischen Gesellschaft haben sollen. Eine Verletzung der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger dürfen wir nicht akzeptieren.

Ulm 26.07.2013 **Dagmar Neubert-Wirtz**
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Büro Hilde Mattheis, MdB

Zucker ist schneller als Grieß Mattheis schenkt Zeit bei Kinder-Welt-Entdecker

Zucker rieselt schneller als Gries durch die selbstgebaute Rieseluhr. Diese erstaunliche Erkenntnis gewann der fünfjährige Maleek beim Bau einer Riesel-Uhr in der Kindertagesstätte Kinder-Welt-Entdecker in Wiblingen. Die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** und IHK-Geschäftsführer **Otto Sälzle** erforschten mit acht Kindern tatkräftig das Phänomen Zeit.

„Sind zehn Minuten lang oder kurz?“, fragte Mattheis zu Beginn der Forscherstunde. Schnell kamen die drei Mädchen und fünf Jungen im Alter von vier bis sechs Jahren auf die Idee, dass zehn Minuten bis Weihnachten lang sind, zehn Minuten bis zum Schlafen gehen dagegen sehr kurz. Und das, obwohl sich der Zeiger auf der Uhr immer gleich schnell bewegt und eine Minute immer genau gleich lang ist.

Beim Bau einer Riesel-Uhr konnten die forschungswilligen Kinder die unterschiedlichen Rieselgeschwindigkeiten von Reis, Gries, Sand und Zucker vergleichen. Wie bei einer Sanduhr rieseln dabei unterschiedliche Füllmaterialien durch einen Adapter von einer Flasche in eine andere. Das Forschungsergebnis: Reis bleibt stecken, Zucker rieselt schneller als Gries und Sand schmeckt nicht.

Mit Unterstützung von Leiterin Brigitte Daur, Erzieherin Rita Döbel und Stiftungsmitarbeiterin Kira Driller nahmen Mattheis und Sälzle am Projekt „Zeit schenken“ vom Haus der kleinen Forscher teil. „Ich schenke Kindern gerne meine Zeit, um mit ihnen auf Entdeckungsreise zu gehen. Solche Projekte unterstützen Entwicklungsschübe und sind unserem Ansatz von Bildung und Betreuung sehr nah“, begründete Mattheis ihre Zeit-Spende. Der regionale Netzwerkpartner IHK organisiert dabei die Weiterbildung der Erzieherinnen. In Ulm nehmen bereits über 60 und im Alb-Donau-Kreis 105 Kindergärten an diesem Projekt zur naturwissenschaftlichen und technischen Bildung teil.

Ulm, 30.07.2013 **Dagmar Neubert-Wirtz**
Wissenschaftliche Mitarbeiterin Wahlkreisbüro
Hilde Mattheis, MdB

Mattheis:

„Gemeinsam schaffen wir eine gerechte Energiewende“

Vielfältige Diskussionen prägten die Energiekonferenz in Dornstadt-Temmenhausen. Zahlreiche Experten aus dem Bund und der Region debattierten mit der Bundestagsabgeordneten **Hilde Mattheis**, wie die Herausforderungen der Energiewende gelöst werden können. „Wir alle können dazu beitragen, den Umstieg auf erneuerbare Energien sozial gerecht zu meistern“, appellierte Mattheis an die 20 Zuhörer.

v. l. n. r. die Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis und Bärbel Kofler

Die Energieexpertin der SPD-Bundestagsfraktion **Bärbel Kofler** warnte vor der Gefahr, dass die gegenwärtige Preisdiskussion Vertrauen koste. Dabei spare der Umstieg auf erneuerbare Energie langfristig Unsummen und schaffe Arbeitsplätze. „100 Prozent erneuerbare Energien bis zum Jahr 2050 sind zu schaffen durch den Ausbau erneuerbarer Energien und Einsparungen beim Energieverbrauch“, fasste sie die Zielsetzung zusammen. 40 Prozent Einsparpotenzial gebe es bei privaten Haushalten. Durch vielfältige Energiesparmodelle könne der Stromverbrauch in der Größenordnung von mindestens sechs Atomkraftwerken eingespart werden. Als Beispiele nannte Kofler eine Abwrackprämie für Elektrogeräte und energetische Gebäudesanierung. Der gegenwärtige Stau bei den politischen Entscheidungen in Fragen von Netzausbau und Weiterentwicklung des EEG müsse unter anderem durch die Gründung einer Bundesnetz-AG aufgelöst werden.

Grundsätzliche Zustimmung und Ergänzungen der Diskussion ernteten **Kofler** und **Mattheis** von den regionalen Energieexperten. Als Verfechter für die Windkraft auf der Albhöhe und Biogasanlagen zeigte sich Rolf Böhringer, Vorsitzender des Verbandes der Erzeuger erneuerbarer Energien aus Laichingen. Den aktuellen Sachstand der Planungen zur Windenergie präsentierte Verbandsdirektor Markus Riethe vom Regionalverband Donau-Iller. Regionalverbandsvorsitzender Ulrich Müller stellte die Anstrengungen des BUND in den Bereichen Energiesparen und Klimaschutz vor. Kinder für nachhaltiges Denken und Handeln zu sensibilisieren war das Anliegen von Karin Wirnsberger, Umweltpädagogin der Dornstadter Zukunftsgestalter „Gemeinsam für morgen“.

„Die steigende Energiekosten belasten besonders Geringverdiener und viele Rentner - hier muss die Energiewende mit einer sozialen Dimension ergänzt werden“, forderte Mattheis abschließend.

Ulm, 30.07.1013 2013 **Dagmar Neubert-Wirtz**
Wissenschaftliche Mitarbeiterin Wahlkreisbüro
Hilde Mattheis, MdB

Mattheis besucht Urviech in filmreifer Kulisse

"Hier könnte man Filme drehen", war die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** von der Landschaft im Gerhauser Steinbruch beeindruckt. Gemeinsam mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden **Jürgen Haas** und **Hans Georg Kraut**, Leiter von HeidelbergCement in Schelklingen besuchte sie die ungewöhnliche Viehweide.

Hans Georg Kraut (r.), Leiter von HeidelbergCement in Schelklingen erläutert der Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis das erfolgreiche Nutzungskonzept des stillgelegten Steinbruchs

"Ein stillgelegter Steinbruch ist heute Ausgrabungsstätte für Archäologen, rettet Tierrassen vor dem Aussterben und wird naturiert zur filmreifen Kulisse", ist Mattheis vom Konzept der Neunutzung überzeugt. Zum einen werden

ehemals von Arbeitnehmern genutzte Gebäude asiatischen Archäologen zur Verfügung gestellt, die in Zusammenarbeit mit der Universität Tübingen Gesteinsproben auf Knochenreste untersuchen. Zum zweiten wird mit dem Projekt Urzeitweide außergewöhnliche Landschaftspflege betrieben: Taurusrinder und Konikpferde fressen die Büsche ab und bewahren so den Steinbruch vor dem Zuwachsen. Zu guter Letzt werden diese Urrinder und Wildponys vor dem Aussterben bewahrt. "Einfach irre!" gratuliert sie den beteiligten Verbänden Blautal, GeoPark, Nabu, Iste und HeidelbergCement zu der gelungenen Kooperation.

Ulm, 01.08.2013 **Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Büro Hilde Mattheis, MdB**

DL 21
Forum demokratische Linke
Die Linke in der SPD
www.forum-dl21.de

NSA - big brother is watching you!

NSA und kein Ende. Ronald Pofalla hat wenig zur Aufklärung beigetragen. Nach vollmundiger Ankündigung bis ins letzte Detail aufzuklären, war nach drei Stunden Schluss. Zurück geblieben sind wieder viele Fragen. Es wird allerdings immer deutlicher: Die Geheimdienste scheinen ein Eigenleben zu führen. Die Kontrolle ist völlig unzulänglich. Bürgerinnen und Bürger müssen befürchten, in einem Staat zu leben, in dem die Bundesregierung den Schutz vor Überwachung nicht gewährleistet.

Bedenklich ist zudem die aus Regierungskreisen begonnene Debatte, ob die Freiheitsrechte der Bevölkerung in gleicher Weise schützenswert sind wie die etwaige Chance der Vermeidung von eventuellen Terroranschlägen.

Es bleiben viele unbeantworteten Fragen wie z.B.: Was hat die Bundesregierung gewusst? Wie stark instrumentalisiert und ggf. kontrolliert die NSA die deutschen Geheimdienste?

Dass nach und nach immer mehr Details durchsickern, dass auch die Bundesregierung, bzw. die deutschen Geheimdienste nicht nur Kenntnis des amerikanischen Überwachungsprogramms hatten, sondern auch zumindest partiell daran beteiligt sind, machen die Beantwortung von Fragen noch dringlicher.

Jetzt einfach wieder nur aussitzen geht nicht mehr. Denn nachdem die erste größere öffentliche Reaktion aus dem Kanzleramt erst kam, als bekannt wurde, dass auch europäische Institutionen und nationale Einrichtungen, möglicherweise bis hin zum Bundeskanzleramt, überwacht wurden, kann Merkel jetzt nicht mehr einfach nur erklären, dass Abhören von Freunden inakzeptabel sei.

Innenminister Friedrich gibt den Bürgerinnen und Bürgern eine Mitverantwortung

Keine Frage, das Abhören der Institutionen ist inakzeptabel - doch was sagt die Bundesregierung zur systematischen Überwachung der Kommunikation aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland? Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Daten der Menschen in Deutschland besser zu schützen? Das bisherige Ergebnis ist ernüchternd - ja erschreckend. Die Haltung des Innenministers steht exemplarisch für die Politik Merkels.

Schuld sei letztlich nicht der mangelnde Einsatz für Datensicherheit der Regierung, sondern vielmehr die Bevölkerung, die Ihre Telekommunikationsdaten nicht gut genug schütze, so der Innenminister.

Hier zu argumentieren, dass jeder Einzelne für seine Datensicherheit zu sorgen habe, ist ähnlich wie zu sagen der Staat untersage der Polizei sich um Einbrüche zu kümmern, denn alle Bürgerinnen und Bürger haben selbst für Einbruchsicherheit zu sorgen.

Der Schutz der Privatsphäre ist ein Grundrecht, für das die Bundesregierung zu sorgen hat. Die Bundesregierung hat einen Eid geleistet, die Grundrechte zu schützen. Natürlich ist es gut, wenn Bürgerinnen und Bürger achtsam mit Ihren Daten umgehen - doch für den Schutz gegen Überwachung von außen ist nicht der Einzelne, sondern der Staat bzw. die Bundesregierung verantwortlich.

Das postulierte "Supergrundrecht Sicherheit" - ein totalitäres Staatsverständnis

Für die These, dass die Bundesregierung von den Vorgängen gewusst habe und die Überwachung im Grunde gut heiße, spricht auch das von Friedrich postulierte "Supergrundrecht Sicherheit". Ein solches "Supergrundrecht" gibt

es nicht. Diese Wortschöpfung Friedrichs verdeutlicht aber die Auffassung Friedrichs, dass alle anderen Rechte der Bürgerinnen und Bürger diesem "Supergrundrecht" nachrangig seien. Diese Denkweise ist fatal - zu Ende gedacht sogar eine Gefahr für die Demokratie.

Letztlich bedeutet dies, dass die persönlichen Freiheitsrechte, die über die Jahrhunderte erkämpft wurden, einem ominösen "Supergrundrecht Sicherheit" (was letztlich die Rechtfertigung jeglicher Überwachungsmaßnahmen bedeutet) geopfert werden. Weiterführend dazu gibt es einen sehr guten Beitrag von Bundesjustizministerin a. D. Herta Däubler-Gmelin in der Süddeutschen Zeitung (Link).

Politische Konsequenzen

Auch wenn am vergangenen Wochenende auf Grund der Hitze relativ wenig Menschen gegen die ausufernde Überwachung demonstriert haben, so fühlen sich doch sehr viele Bürgerinnen und Bürger verunsichert. Gerade nach den Aussagen Pofallas wächst das Misstrauen insbesondere auch darin, ob die derzeitigen Kontrollen unserer Geheimdienste ausreichen und ob dies wirklich 10 ParlamentarierInnen leisten können.

Klar ist, neben der Forderung nach absoluter Aufklärung des Skandals brauchen wir eine grundlegende Reform der Geheimdienste. Es muss vor allem eine effektivere Kontrolle ermöglicht werden.

Auch die unter dem Schock des 11. September vom damaligen Bundesinnenminister Schily ergriffenen Maßnahmen zur "Sicherheitsgesetzgebung" und zur Ausweitung der Überwachungsbefugnisse der Behörden gehören auf den Prüfstand.

Wir brauchen eine Grundsatzdebatte über die BürgerInnenrechte und die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit.

Schickt uns eure Meinung hierzu!

Solidarische Grüße

Hilde Mattheis, MdB
Vorsitzende des Forums DL21

Dr. Matthias Miersch, MdB
Stellv. Vorsitzender des Forums DL21

Drohnen für die Bundeswehr?

Mattheis diskutiert mit Rainer Arnold über die EuroHawk-Affäre

Vor welchen sicherheitspolitischen Herausforderungen steht Deutschland in der Zukunft? fragt die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** und wird gemeinsam mit ihrem Fraktionskollegen **Rainer Arnold** am **Mittwoch**, **14. August ab 20 Uhr** im **Ratskeller Ulm** darüber mit Interessierten diskutieren.

Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion ist Mitglied im Untersuchungsausschuss zur Euro-Hawk Drohne und wird aus erster Hand über die Erkenntnisse informieren.
Mattheis und **Arnold** teilen dazu in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit: "Das aktuelle Drohnen-Debakel stellt die Frage nach der Verantwortung des Verteidigungsministers de Maizière. Spätestens Ende 2011 wusste die Führung im Verteidigungsministeriums von den Problemen mit der Drohne. Dennoch ließ man das Projekt weiterlaufen. Mit hohen Kosten für die Bürgerinnen und Bürger.
Der Untersuchungsausschuss zur Euro-Hawk Drohne muss jetzt klären: Wer ist für die Verschwendung von Steuergeldern verantwortlich? Wer hat Pflichten bei der Kontrolle des Projekts versäumt? Und welche personelle Konsequenzen müssen gezogen werden?"

Die Drohnen Affäre werfe auch grundsätzliche Fragen auf: Welche Waffen braucht die Bundeswehr? Welche neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen gibt es und wie müssen unsere Streitkräfte dafür aufgestellt sein? Wie kann heutzutage Krisenprävention und Krisenbewältigung gelingen?
Die Diskussion im Ratskeller Ulm steht allen Interessierten offen.

Ulm, 06.08.2013

Dagmar Neubert-Wirtz
Büro Hilde Mattheis, MdB

BayernSPD

SPD Kreisverband Lindau

Aktionstag

„Gemeinsam sind wir stark“

der Arbeitsgemeinschaft (AG) 60+ des SPD-Unterbezirks(UB) Allgäu-Bodensee in Lindau

Treffender konnte dieses Motto nicht sein beim gemeinsamen Europafest von UB Allgäu Bodensee und Ortsverein (OV) Lindau am 09. Juni 2013 in Lindau im Bodensee! Unsere **AG 60+** hatte diese Veranstaltung nach Kräften unterstützt und einen gut besuchten Info – Stand betrieben. Dort kamen auch die Belange der Generation 60+ in der SPD nicht zu kurz. Das Fest begann um 10 Uhr in lockerer Atmosphäre vor mediterraner Kulisse und dauerte bis in den späten Nachmittag, bei überwiegend strahlendem Sonnenschein. Dem Charakter eines Europafestes ein Jahr vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament (am 25.Mai 2014) konnte die Stadt Lindau in der Vierländer-Region am Bodensee natürlich geografisch und politisch fast ideal gerecht werden.

Das Fest wurde den ganzen Tag über von unseren Laienkünstlern, Literaten wie Musikern, unter den letzteren eine dreiköpfige Gruppe Griechischstämmiger, begleitet. Auch unsere Kleinsten fanden reichlich Gelegenheit zu angeleitetem und fantasievollem Spielen. Fast überflüssig zu erwähnen, dass auch für Essen und Trinken gut gesorgt war.

Solchen Rahmenbedingungen entsprach auch die Liste der Gäste und prominenten sozialdemokratischen Redner. Unter ihnen befanden sich etwa **Peter Friedrich**, Minister für den deutschen Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten unseres Nachbarlandes Baden-Württemberg, **Fredi Alder**, amtierender Schweizer Präsident der Sozialistischen Bodensee-Internationale (SBI), **Wolfgang Kreissl -Dörfler**, MdEP, **Magister Herbert Bösch**, langjähriger österreichischer EU-Abgeordneter, **Paul Wengert**, unser betreuender Landtagsabgeordneter, unsere Direktkandidatin für den Deutschen Bundestag, **Katharina Schrader**, Kempten, **Jörg Hilbert**, unser Landtagskandidat, ferner **Regina Lieb-Haber**, Listenkandidatin für den Bezirkstag Schwaben (quasi ein direkt gewähltes Parlament für den Regierungsbezirk Schwaben, das es so in Baden-Württemberg bei den Regierungspräsidien wie in Tübingen so nicht gibt), sowie **Markus Kubatschka**, Listenkandidat für den bayrischen Landtag und als Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Allgäu-Bodensee. Kubatschka zugleich Mit-Gastgeber des Europafestes.

Beim Europa-Fest der Lindauer und Allgäuer SPD: Gemeinsam sind wir stark! Bild: Katrin Dorfmüller

Der Oberbürgermeister der Stadt, der Genosse Dr. Gerhard Ecker, gab dem Fest mit einem Empfang im altehrwürdigen Rathaus einen angemessenen Rahmen. Wie unser Foto bezeugt, unterstreichen die Teilnehmer/Innen aller Generationen, etlicher europäischer Staaten und zweier deutscher Bundesländer im weiteren Sinne das Motto auch unserer AG „Gemeinsam sind wir stark“ und lassen uns hoffnungsfroh ein auf den vor uns liegenden Endspurt zur **bayrischen Landtagswahl** am 15. September und zur **Bundestagswahl** am 22. September 2013. Unser besonderer Dank gilt den umsichtigen Organisatoren des Europafestes in Lindau, **Wolfgang Mehlin** und **Jörg Hilbert**.

12.06.2013 **Erwin Engel**

Aufgepickt:

Ludwig Dorner, den viele von Euch noch als „Papa“ vom **s` Rote Füchsle** kennen**,** hat uns einen Beitrag zugeschickt:

„im Zusammenhang mit jetzt schon mehrwöchigen (teils mühsamen) Recherchen zum hundertjährigen Bestehen des SPD-Ortsvereins Ehingen stieß ich auch auf folgende Information, die ich erstaunlich aktuell finde, obwohl sie von 1972 stammt.“

Mit freundlichem Gruß

Ludwig

Kultusminister Hahn war in Ehingen (1972)

(Pressemitteilung)

Auf seine Ausführungen geht die AsL (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratische Lehrer) ein. Sie schreibt u. a.:

Die differenzierte, integrierte Gesamtschule sei die einzige Schulform, wo jeder nach seiner Begabung gefördert und doch noch ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit zwischen den Schülern verschiedener Begabung erreicht werden könne. Neben der sozialen Bedeutung habe der Besuch gemeinsamer Unterrichtsveranstaltungen auch noch eine anspornende Wirkung auf die schwächer Begabten. Sie fehle in der Hauptschule, wenn die oberen zwei Drittel an Realschule und Gymnasium übergegangen seien. [Man] gehe von einem dynamischen Begabungsbegriff aus, wonach die Veranlagung eines Kindes entwicklungsfähig ist.

Über: **Ludwig Dorner**

SPD-Publikationen in der Region ...

- Roter Turm www.spd-ravensburg.de
- Bibervision www.spd-biberach.de
- Der Rote Seehas:

http://www.spd-bodenseekreis.de/index.php?mod=content&menu=400&page_id=16706

oder über:

www.sozialistische-bodensee-internationale.eu/
http://www.sozialistische-bodensee-internationale.eu/seehas/

allgemeine "investive Zweckbindung der Kompensationsmittel". Der Vorwurf ist der Versuch eines schwachen Ministers von sich selber abzulenken. Aber den Schwarzen Peter hat Ramsauer.

06.08.2013 **SPD-Presseservice**

Ortsvereine arbeiten zusammen

Eigentlich sollte es selbstverständlich sein. Fast überall klagt man an der Parteibasis über ausbleibende Neu-Mitglieder und immer weniger Aktive, die den Ortsverein bei seiner Agenda unterstützen.

Dies gilt übrigens auch für die Gemeinderats- und Kreistagswahlen, wo es immer mehr Mühen bereitet, genügend Interessenten zu finden, die zu einer Kandidatur und zu einer aktiven Mitarbeit an kommunalen Themen und Problemen längerfristig bereit sind. In 15 Jahren, so die Prognose, wird die Zahl der Partei-Ortsvereine (nur bei der SPD?) halbiert sein, vor allem in der Provinz weit ab von den Ballungsregionen.

Der Radius noch existenzfähiger Ortsvereine der SPD bei der Betreuung von Mitgliedern aus Nachbar-Orten, wo der Ortsverein aufgelöst werden musste, wird immer größer.

Umso wertvoller ist jetzt eine Initiative der vier östlichen Ortsvereine der SPD im Bodenseekreis.

Auf Initiative der stellvertretenden Kreisvorsitzenden Siglinde Roman traf man sich an einem heißen Sommerabend im Garten eines Parteifreundes mitten in Tettnang. Mit dabei: Ortsvereinsvertreter/innen aus Kressbronn, aus Langenargen bzw. Eriskirch und aus Meckenbeuren.

Erste Schritte:
Man tauscht die kommenden Wahlkampf-Termine untereinander aus, ist bei Info-Stand-Aktionen in den Nachbar-Ortsvereinen gut mit Leuten vertreten, vernetzt sich stärker auch in der sonstigen Parteiarbeit und bei kommunalpolitischen Problemfeldern. Ob diese Initiative längerfristig aufrecht erhalten werden kann, bleibt abzuwarten. Aber ein guter Anfang ist gemacht. Es wäre übrigens auch ein positives Zeichen, wenn benachbarte Kreisverbände der SPD oder Kreistagsfraktionen in der gleichen Region besser an einem Strang ziehen würden, anstatt isoliert nebeneinander zu politisieren.

Kirchturmspolitisches Denken ist von Gestern.

W.Bernhard

AsF Frauen laden ein nach Albstadt

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

bei der Bundestagswahl am 22.09. bewerben sich für die SPD in Baden-Württemberg vierzehn Frauen um ein Mandat in Berlin.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) möchte Ihnen die SPD-Kandidatinnen aus Südwürttemberg vorstellen. Sie haben die Gelegenheit, diese in lockerer Atmosphäre kennenzulernen und im persönlichen Gespräch Näheres über ihre Positionen und Schwerpunktthemen zu erfahren.

Dazu laden wir Sie herzlich nach Albstadt-Ebingen ein und freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Anette Sorg, ASF-Landesvorsitzende
Sonja Elser, stellv. ASF-Landesvorsitzende
Andrea Schiele, stellv. ASF-Landesvorsitzende

Veranstaltungsort:
Brauhaus Zollernalb
Bahnhofstr. 4
72458 Albstadt-Ebingen
Tel. 07431 9482941

Anfahrtsbeschreibung:
zu Fuß in die Bahnhofstraße oder mit PKW auf B 27 bis Balingen, weiter auf B 463 bis Albstadt-Ebingen, rechts abbiegen Richtung Unter dem Madlesfelsen, in den beiden Kreisverkehren jeweils 1. Ausfahrt nehmen, über die Karlsbrücke, am nächsten Kreisverkehr erste Ausfahrt (Poststraße), links in Bahnhofstraße

Impressum:
SPD-Landesverband
Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Tel. 0711 61936-0, Fax -20
E-Mail: gudrun.igel-mann@spd.de

Impressum

Herausgeber:

SBI, Sozialistische Bodensee-Internationale **Präsident: Fredi Alder**
E-Mail: fredialder@gmx.ch

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg **Tel.: 07532/313048**
E-Mail: roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren **Tel.: 07542/20349**
E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Evelyne Gebhardt, MdEP: EGebhardt.MdEP@t-online.de
Büro Peter Simon, MdEP: peter.simon@europarl.europa.eu
Wolfgang Schreier: wmschreier@bluewin.ch wolfgang.schreier@bodensee-s-bahn.org
Josef Büchelmeier: jbm.fn@t-online.de
Wolfgang Karrer: adwoka@t-online.de
Hildegard Fässler: hildegard.faessler@bluewin.ch
Marius Osswald: mo@hans-peter-storz.de
Vorarlbergs soziale Kraft: laendle@spoe.at www.spoe.at
Clubinfo: landtagsclub.vorarlberg@spoe.at
Bürgerbüro Biberach: Wolf99maci@aol.com
Martin Gerster, MdB: martin.gerster@wk.bundestag.de
Alex Geisler: Alex.Geisler@gmx.de
Wolfgang Heinzel, Büroleiter Wolf99maci@aol.com
Peter Didszun: peter.didszun@web.de
SPD Presseservice: pressestelle@spd.de
Dagmar Neubert-Wirtz: hilde.mattheis@wk.bundestag.de
Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB: hilde.mattheis.ma01@bundestag.de
Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB: hilde.mattheis@wk.bundestag.de
DL 21: hilde.mattheis@t-online.de
Erwin Engel: Erwin.Engel@t-online.de
Ludwig Dorner: Ludwig.Dorner@t-online.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Meinungsbeiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

Hase Im Titelblatt: Gray rabbit © Natalia Chircova - Fotolia.com
Logo Roter Seehas: © 2013 Created By Adnan Sabah

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König) roterseehas@kabelbw.de